



**Protokoll der 40. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 20. Mai 2015, 17:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber

Namensaufruf: 36 anwesende Mitglieder
(später eingetroffen: Gemeinderat Peter Wildberger)

Entschuldigt: Gemeinderäte Heinrich Christ, Ralph Hobor, Christian Mader, Benjamin Stricker

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

Traktanden

210 Mitteilungen

211 Motion betreffend "Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte" der Gemeinderäte Peter Hausammann und Stefan Geiges: Überweisung des Geschäfts Eintreten, materielle Beratung, Zuweisung, Beschlussfassung

212 Geschäftsbericht und Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2014 Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Sehr geehrter Herr Stadtmann, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Mein heutiger Leitspruch ist von Gabriel Garcia Marquez von 1928: „Weine nicht, weil es vorbei ist, sondern lache, weil es so schön war.“

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 35 Ratsmitglieder anwesend sind. Somit ist der Rat gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Seitens des Rats liegen keine Einwände zur Traktandenliste vor. Somit gilt die heutige Tagesordnung als stillschweigend genehmigt.

210

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:

1. An der letzten Gemeinderatssitzung habe ich bekanntgegeben, dass die Rekursfrist 14 Tage beträgt. Dies war falsch. Gemäss Gemeindeordnung Art. 60 Abs. 2 beträgt die Rekursfrist 20 Tage. In der Rekurspublikation wurde diesem Umstand Rechnung getragen.
2. Die Volksinitiative „10 Quadratmeter Solarfläche pro Einwohner“ wurde durch das Initiativkomitee zurückgezogen. Somit findet die Abstimmung zu dieser Volksinitiative nicht statt.
3. Die Wohninitiative der Gruppierung CH ist mit 1184 Unterschriften zustande gekommen.

211

MOTION BETREFFEND ÜBERTRAGUNG VON ÖFFENTLICHEN AUFGABEN AN DRITTE

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Es steht uns die Botschaft des Stadtrats Nr. 43 vom 14. April 2015 mit den Anträgen auf Seite 2 zur Verfügung. Nach der Eintretensdebatte folgt die materielle Beratung, in der allenfalls auch noch allgemeine Bemerkungen, Wünsche und Anträge angebracht werden können. Anträge sind mir schriftlich abzugeben. Danach erfolgt die Zuweisung. Anschliessend werden wir über die Anträge abstimmen. Gegen dieses Vorgehen werden vom Rat keine Einwände erhoben.

Eintreten

Die GPK Finanzen und Administration hat gestern Abend mit 1 Ja-Stimme zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung entschieden, sich nicht zur Botschaft zu äussern. Eintreten ist unbestritten.

Materielle Beratung

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im Namen der Motionäre: Ich spreche im Namen der Motionären Peter Hausammann und mir und im Wissen über den Antrag der SVP/FDP/EDU Fraktion, welche eine gemeinderätliche Spezialkommission beantragen wird.

Die Beteiligung von der Stadt Frauenfeld an der Wärme Frauenfeld AG ist der Anlass von unserer Motion vom 20. August 2014 gewesen. Also die Frage, wer darüber entscheiden soll, ob sich die Stadt Frauenfeld an einer Firma beteiligen soll oder nicht und ob das Aktienkapital oder das Investitionsvolumen massgebend ist. Insbesondere war es ein juristisches Auseinandernehmen über die Frage ob dies eine öffentliche Aufgabe ist oder nicht. Aus dieser einfachen Frage ist eine komplizierte Grundsatzdiskussion entstanden.

Im Namen der Motionäre, halte ich fest: Es war unsere Absicht, diese Frage für alle Zukunft klar zu beantworten. Der Gemeinderat hat an seiner Januar-Sitzung die Motion gegen den Willen des Stadtrates erheblich erklärt. Dies zeigt, dass es der Mehrheit unseres Rates ein Anliegen ist, dies jetzt sauber zu regeln. Wir, die Motionäre, unterstützen den Antrag der SVP/FDP/EDU Fraktion mit folgender Begründung:

Nach der Beantwortung meiner einfachen Anfrage vom 15. Januar 2014, welche für mich unbefriedigend ausgefallen ist, habe ich gewusst, dass dies nicht das letzte Wort sein kann. Auch Gemeinderat Peter Hausammann störte sich an dieser Antwort. So waren wir uns einig, dass wir zusammen etwas unternehmen mussten. Dies geschah in Form von zwei Motionen. Die eine Motion, in welche wir einen Bericht forderten, ist seit kurzem erfüllt. Herzlichen Dank Herr Stadtrat Ruedi Huber. Bei der Motion über die Übertragung von Aufgaben begrüssen Peter Hausammann und ich eine gemeinderätliche Spezialkommission, denn so können wir beide auch weiterhin das Geschäft begleiten. Ein Geschäft, bei dem unsererseits sicher viel Wissen vorhanden ist. Und für einmal ist die Kombination Jurist und Bauunternehmer sicher auch eine gute Sache.

Deswegen, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, bitten wir Sie, den Antrag der SVP/FDP/EDU Fraktion zu unterstützen und uns Zwei die Chance zu geben, etwas fertig zu machen, was wir angefangen haben. Besten Dank ihre Unterstützung.

Gemeinderat Andreas Elliker, Referent im Namen der Fraktion SVP/FDP/EDU: Wir haben die Botschaft zur Überweisung des Geschäfts der Motion Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte der Gemeinderäte Peter Hausammann und Stefan Geiges diskutiert. Eine Mehrheit unserer Fraktion ist der Ansicht, dass eine Spezialkommission dieses Geschäft ausarbeiten sollte. Wir stellen folgenden Antrag:

Das Geschäft sei einer gemeinderätlichen Spezialkommission mit elf Mitgliedern zu überweisen. Begründung: Unsere Fraktion will eine Umsetzung des Willens des Gemeinderats, wie an der Sitzung Mitte Februar klar geäußert wurde. Ein Projekt mit einer grossen Tragweite, (Umfang und Bedeutung des Projekts, Finanzen, Risiken), wie es die Wärme Frauenfeld AG ist, darf nicht mehr ohne Mitbestimmung von Gemeinderat und Volk beschlossen werden. Es darf nicht davon abhängig sein, ob es sich um eine öffentliche Aufgabe im engeren Sinn handelt, also mit bestehender gesetzlicher Grundlage, oder ob es um öffentliche Interessen geht, die noch keine gesetzliche Grundlage haben und dabei eventuell mit der Privatwirtschaft konkurrenzieren. Die Rolle des Gemeinderats muss mit Beschluss über ein solches Projekt bestimmt werden. Je nach Projekt sind Mitsprache, Aufsicht und Informationen zu regeln. Dafür wollen wir eine möglichst schlanke Bestimmung in der Gemeindeordnung. Wir sind, auch wegen der Ausführungen des Stadtmanns im Gemeinderat überzeugt, dass wir dies am besten mit einer gemeinderätlichen Spezialkommission erreichen. Wir bevorzugen eine Spezialkommission gegenüber der GPK Finanzen und Administration. Es geht immerhin um eine Ergänzung der Gemeindeordnung – unserer Stadtverfassung. Auch für die letzte Teilrevision 2009/2010 wurde eine Spezialkommission eingesetzt. Zudem während die GPK nur aus sieben Mitgliedern besteht, können wir die Spezialkommission mit elf Mitgliedern viel breiter abstützen. Das erachten wir als sinnvoll. Unter anderem ist der Gemeinderat ohnehin in der Lage, federführend gute Gesetze zu machen. Das hat er in letzter Zeit bewiesen. Ich erinnere an das Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrats oder an das Einbürgerungsreglement. Hier kommt der gesamte Abschnitt mit den korrekten Einbürgerungskriterien vom Gemeinderat. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Gemeinderat Mario Weber, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Unsere Fraktion ist ebenfalls für die Zuweisung an eine Spezialkommission. Wir unterstützen den Antrag Elliker. Der Stadtmann sagte zur Vorlage, die erarbeitet werden muss – ich zitiere aus der Sitzung vom 28. Februar: „Selbstverständlich wird Ihnen der Stadtrat für eine Erheblicherklärung einen Vorschlag für eine Verfassungsänderung vorlegen. Diese wird, ich habe es schon gesagt und das kann man wirklich schon heute voraussagen, ziemlich umfangreich und kompliziert ausfallen müssen.“ Dies wollen wir nicht. Wir wollen eine gute und möglichst einfache Lösung. Und wir sind mit den Motionären überzeugt, dass das machbar ist. Dafür muss man allerdings die Motion und den Willen des Rats richtig verstehen beziehungsweise richtig verstehen wollen. Und da sind wir – Entschuldigung, aber es ist so – beim Stadtmann leider nicht so sicher. Der Stadtmann hat die Erheblicherklärung mit einer Vehemenz bekämpft, die wir immer noch nicht verstehen. Die Aussagen des Stadtrats zur Erheblicherklärung nähren vielmehr ernsthafte Zweifel daran, dass wir vom Stadtrat eine Vorlage bekommen, die den Willen der klaren Mehrheit des Gemeinderats umsetzt. Über Geschäfte wie beispielsweise die Wärme Frauenfeld AG darf der Stadtrat einfach nicht eigenmächtig beschliessen. Sofern die Stadt eine Aktiengesellschaft gründet oder sich daran beteiligen will, müssen Rechte und Pflichten des Gemeinderats und des Volks bezüglich Information, Aufsicht und Kontrolle definiert werden. Dass der Gemeinderat aussen vor bleibt, geht nicht. Ich erinnere nur an die Investitionssumme in zweistelliger Millionenhöhe, an die bauliche Bedeutung des Projekts und an die beträchtlichen Risiken. Dass der eigenmächtige Beschluss des Stadtrats offenbar ziemlich blauäugig war, zeigt sich bereits heute, denn das Aktienkapital musste, wie aus der Rechnung 2014 hervorgeht, um zwei Drittel wertberichtigt werden. Nicht zu vergessen: Es geht um leitungsgebundene Energie. Leitungsgebundene Energieträger sind, so die Definition des Bundesamts für Energie, natürliche Monopole, weil der Bau von parallelen Netzen nicht wirtschaftlich ist. Die Elfer-Spezialkommission drängt sich auf, weil so eine breite Abstützung gewährleistet ist und weil nur so beide Motionäre in der Kommission mitarbeiten können, was unseres Erachtens im Prinzip zwingend ist. Deshalb ist die Zuweisung an eine gemeinderätliche Spezialkommission sicher eine richtige Wahl. Ich ersuche Sie im Namen der Fraktion um Unterstützung des Antrags.

Gemeinderat Marcel Epper, Referent der Fraktion CVP/EVP: Wir haben diese Vorlage in unserer Fraktion eingehend beraten und sind im Resultat ebenfalls zur Ansicht gelangt, dass es Sinn macht, wie es im Antrag Elliker formuliert wurde, dieses Geschäft einer Spezialkommission zuzuweisen. Wir hätten uns auch mit einer Neuerkommission einverstanden erklären können, aber wenn wir grundsätzlich über eine Elferkommission sprechen, verschliessen wir uns auch nicht einer Elferkommission. Für die materielle Begründung hierzu kann ich auf meine Vorredner Elliker und Weber verweisen.

Stadtammann Carlo Parolari: An der Gemeinderatssitzung vom 18. Februar ist uns ein kollektives Versehen passiert. Niemand hier im Saal, mich eingeschlossen, hat bemerkt, dass nach der Erheblicherklärung der Motion eine Zuweisung an eine Kommission durch den Stadtrat unterblieben ist. Das ist an sich keine grosse Sache, muss aber nun korrigiert werden. Da es zu jedem traktandierten Geschäft einen Antrag braucht und zu jedem Antrag eine Begründung, haben wir Ihnen die vorliegende Minibotschaft zugestellt. Es ist hier und heute nicht der Ort, sich materiell dazu zu äussern. Es liegt ebenfalls nicht am guten Willen, wie das eben kolportiert worden ist, sondern vielleicht auch an der nicht ganz klaren Formulierung der damaligen Motion. Der Stadtrat beantragt Ihnen die übliche Zuweisung an die Exekutive, eventualiter an die GPK Finanzen und Administration. Heute nun wurde ein Antrag aus Ihren Reihen auf Zuweisung auf eine Spezialkommission gestellt. Der Stadtrat steht dem relativ emotionslos gegenüber. Für uns ist es weder ein derart besonderes Geschäft, das die Einsetzung einer Spezialkommission rechtfertigen würde, noch wären nach unserer Beurteilung mehrere GPKs gleichermassen davon betroffen. Es geht letztlich um eine rein formelle Kompetenzfrage. Wir gestatten uns immerhin den Hinweis, dass Ihr Gemeinderat grundsätzlich mit drei ständigen Geschäftsprüfungskommissionen operiert und Spezialkommissionen bisher eine absolute Ausnahme blieben. In den letzten zehn Jahren mindestens gab es denn auch nur drei solche Spezialkommissionen: Bei der Erarbeitung des Einbürgerungsreglements, bei der tiefgreifenden Revision der Gemeindeordnung, da wollte man alle Juristen dabei haben, sowie beim Besoldungsreglement für den Stadtrat, dort aus naheliegenden Gründen. Ferner erlaubt sich der Stadtrat die Bemerkung, dass er eine elfköpfige Spezialkommission bei einem vierzigköpfigen Parlament als leicht überschliessend beurteilt. Wir bitten Sie, dem Antrag gemäss Botschaft zuzustimmen und den Antrag Elliker abzulehnen.

Abstimmung

Antrag 1: Der Stadtrat wird gemäss erheblich erklärter Motion beauftragt, dem Gemeinderat eine grundsätzliche Regelung der Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte vorzulegen:

Antrag 1: Dieser Antrag wird mit 31 Nein- gegen 3 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Gegenüberstellung des stadträtlichen Antrags, das Geschäft sei der GPK Finanzen und Administration zu überweisen, gegen Antrag Elliker, das Geschäft sei einer Spezialkommission mit elf Mitgliedern zu überweisen.

Antrag Stadtrat:	7 Stimmen
Antrag Elliker:	26 Stimmen
Enthaltungen:	2 Stimmen

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Der Antrag von Gemeinderat Elliker wurde angenommen. Der Gemeinderat wird in der Sitzung eventuell im Juli oder später eine Spezialkommission mit elf Mitgliedern wählen. Die Fraktionen sind gebeten, entsprechende Wahlvorschläge vorzubereiten, Grössenordnung bis Ende Juni.

212

GESCHÄFTSBERICHT UND RECHNUNGEN DER STADTVERWALTUNG UND IHRER BETRIEBE FÜR DAS JAHR 2014

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Für die Behandlung der Rechnung 2014 stehen uns sämtliche Informationen im grauen Rechnungsordner, der per Post zugestellt wurde, zur Verfügung. Dies sind die Botschaft Nr. 42 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 14. April 2015 im Register 1 und die Botschaft Nr. 42a und 42b des Stadtrats an den Gemeinderat vom 14. April 2015. Die zwei nachfolgenden Botschaften befinden sich in den Registern 7 und 8.

Folgende per Post zugestellte Unterlagen stehen uns zur Verfügung:

- Bericht und Antrag der von der Gemeinde gewählten Rechnungsprüfungskommission vom 16. April 2015
- Bericht des Wirtschaftsprüfers an den Stadtrat der Stadt Frauenfeld zur Jahresrechnung per 31. Dezember 2014 inklusive Managementletter über die Prüfung der Jahresrechnung 2014 der Stadt Frauenfeld per 31. Oktober 2014 vom 2. April 2015
- Geschäftsbericht und Rechnung der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2014

Per E-Mail zugestelltes oder heute aufgelegtes Papier:

- Lachsfarbenes Papier aller drei GPKs betreffend Antrag 2.4.1 auf Seite 37
- Lachsfarbenes Papier der GPK Gesellschaft und Gesundheit betreffend Antrag 2.6.4 auf Seite 38

Im Extranet zur Verfügung gestellte Unterlagen:

- GPK Bau, Werke und Anlagen des Gemeinderats, Protokoll der 24. Sitzung vom Montag, 11. Mai 2015

Die zugestellten Unterlagen sind einmal mehr umfassend und im Detail sorgfältig ausgearbeitet worden. Ein grosser Dank gilt deshalb an dieser Stelle dem Stadtrat, den Abteilungsleitern und Abteilungsleiterinnen sowie weiteren städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere auch dem Finanzchef Reto Angern.

Für die Behandlung der Rechnung schlage ich Ihnen folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte folgt die materielle Beratung innerhalb der einzelnen Verwaltungsabteilungen, ohne seitenweise durchzublättern. Dazu werden die GPK-Sprecher zu den einzelnen Verwaltungsabteilungen sowie allenfalls zu weiteren der Beratung durch den Rat unterstellten Bereichen jedoch als erste referieren. Für Wortmeldungen zu einzelnen Abteilungen oder spezifischen Konten bitte ich Sie, jeweils Seitenzahl, Kontogruppe und Kontonummer zu nennen. Anträge sind mir bitte schriftlich abzugeben. Innerhalb der Abteilungen werden wir zuerst die Rechnung im Register 2 und anschliessend die zugehörige Investitionsrechnung in Register 3 beraten. Die Voten können auch in Abfolge erfolgen, also Rechnung und gleiche Investition, damit ein Referent nur einmal ans Mikrofon muss. Danach werden die Rechnungen der Betriebe, die Rechnungen des

Alterszentrums Park und anschliessend der Geschäftsbericht sowie die Botschaft des Stadtrats und die Kreditabrechnungen gemäss Anhang der Botschaft beraten, bevor wir schliesslich über die Anträge abstimmen. Seitens des Rats werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Eintreten

Gemeinderat Michael Lerch, Referent der GPK Finanzen und Administration: Wir beraten und beschliessen heute über die drei Rechnungen unserer Stadt und ihrer beiden Betriebe, nämlich der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2014. Einmal mehr schliessen diese Rechnungen ausser beim Alterszentrum Park für das vergangene Jahr 2014 besser ab als budgetiert. Diese Rechnungen wurden bereits durch die Rechnungsprüfungskommission und die externe Kontrollstelle eingehend geprüft und als buchhalterisch in Ordnung befunden. Für unseren Rat gilt es heute, diese Rechnungen auch politisch zu würdigen. Mit der heutigen Sitzung befasst sich unser Rat bei seiner letzten Sitzung in der Legislatur 2011/2015 zum letzten Mal mit dem alten Rechnungslegungsmodell HRM1. Damit können wir auch einen Schlussstrich unter lange Diskussionen über Abschreibungshöhen abschliessen. In Zukunft gilt nur HRM2. Wir sind gespannt, was uns in diesem Zusammenhang noch für unerfreuliche und freundliche Meldungen und Diskussionen erwarten. Wir blicken heute nochmals zurück und versuchen, das Positive in die Zukunft hinüberzuretten und das Negative aus der Vergangenheit in Zukunft besser zu machen. Somit komme ich zu einem Überblick über die drei Rechnungen:

Der Gesamtumsatz der Stadt und ihrer Betriebe hat sich von rund 158,8 Mio. Franken im Jahr 2013 um rund 800'000 Franken auf 159,6 Mio. Franken im Jahr 2014 erhöht. Bei der Stadtverwaltung ergab sich ein Umsatzrückgang von knapp 2,9 Mio. Franken. Bei den Werkbetrieben stieg hingegen der Umsatz um rund 4 Mio. Franken, und beim Alterszentrum Park sank er um rund 400'000 Franken.

Zuerst zur Rechnung der Stadtverwaltung: Bei der Stadtverwaltung resultiert ein Umsatz von 74,7 Mio. Franken. Der Bruttoertragsüberschuss der Stadt beträgt 2,37 Mio. Franken. Budgetiert worden war ein Bruttoertragsüberschuss von 1,73 Mio. Franken, dieser Überschuss ist damit immerhin 840'000 Franken höher, als er veranschlagt wurde, liegt aber um 500'000 Franken tiefer als im Jahr 2013. Der zusätzliche Ertragsüberschuss soll für Abschreibungen verwendet werden.

Zu den Einnahmen: Die Ursache für das bessere Ergebnis der Stadt liegt für einmal nicht bei höheren Einnahmen. Der Ertrag liegt nämlich gegenüber Voranschlag 2014 um rund 1,2 Mio. Franken tiefer. Die Mindereinnahmen sind vor allem auf tiefere Steuereinnahmen bei den juristischen Personen, aber auch bei natürlichen Personen zurückzuführen. Die Einnahmen aus Steuern von juristischen Personen zeigen zurzeit auch für die Zukunft keine steigende Tendenz, sondern eher das Gegenteil.

Zu den Ausgaben der Stadt: Dieser Punkt ist das äusserst Erfreuliche am Abschluss 2014. Die Ausgaben sind rund 1,7 Mio. Franken bzw. 2,24 % tiefer als budgetiert. Vergleicht man mit den Zahlen aus dem Abschluss 2013, so konnten die Ausgaben sogar um 3,3 % gesenkt werden. Hier gebührt dem Stadtrat sowie dem Finanzverantwortlichen und den Abteilungen ein grosses Lob. Es ist jedoch nicht angezeigt, jetzt von einer Trendwende zu sprechen, denn diverse Minderausgaben sind auf Einmaleffekte zurückzuführen. Das Ergebnis zeigt aber, dass es möglich

ist, die Ausgaben zu reduzieren und dies soll Motivation für die Zukunft sein, um eine solche Leistung auch in den nächsten Jahren zu erreichen. Der Minderaufwand konnte vor allem beim Personalaufwand mit rund 900'000 Franken erreicht werden. Zum einen konnten Stellen nicht so schnell oder überhaupt mit geeigneten Personen besetzt werden, zum anderen gab es Fluktuationsgewinne durch den Weggang von älteren Mitarbeitenden, Pensionierungen und die Neuanstellung von jüngeren Mitarbeitenden. Weiter konnten beim Sachaufwand Einsparungen von knapp 1 Mio. Franken gegenüber Voranschlag getätigt werden. Die Ausgaben im Gesundheitsbereich sind das Hauptorgankind der Stadtrechnung. Diese Ausgaben steigen und die Einflussmöglichkeit der Stadt ist hier praktisch gleich null, da die Vorgaben vom Kanton und Bund kommen. Per Ende des Rechnungsjahrs 2014 hat das hohe Nettovermögen der Stadt von rund 49,2 Mio. Franken auf 39,65 Mio. Franken abgenommen. Pro Einwohner ist damit per Ende 2014 noch immer ein Nettovermögen von Fr. 1'624.50 vorhanden. In der Bestandsrechnung stiegen die mittel- und langfristigen Schulden der Stadt um 1,5 Mio. Franken. In der Investitionsrechnung wurden gegenüber dem Voranschlag 80,3 % der geplanten Investitionen getätigt. Bedauert wurde, dass in der Botschaft nicht deutlicher auf diese tiefen Abschreibungswerte eingegangen wurde. Es sei daher an dieser Stelle erwähnt, das Ergebnis der laufenden Rechnung ist um knapp 500'000 Franken besser als veranschlagt ausgefallen. Dieses Resultat entstand aus Mindererträgen von rund 1,2 Mio. Franken abzüglich Minderaufwendungen von rund 1,7 Mio. Franken. Mit gesetzmässigen Abschreibungen von 8 % statt 4,1 % des restlichen Werts bzw. rund 4,5 Mio. Franken statt 2,7 Mio. Franken und mit einem Gewinn aus Liegenschaftengeschäften von rund 100'000 Franken beträgt das Jahresergebnis rund -2 Mio. Franken. Es sei an dieser Stelle auch erwähnt, dass aufgrund von höheren Abschreibungen in früheren Jahren noch Reserven von rund 10 Mio. Franken vorhanden sind.

Nun noch ein Blick auf die Finanzkennzahlen: Der Selbstfinanzierungsgrad liegt für 2014 bei mageren 38,7 %. Im langjährigen Mittel, das heisst von 2005 – 2014 kommt man jedoch auf schöne 99,4 %, was volkswirtschaftlich als verantwortbar gilt. Der Selbstfinanzierungsanteil liegt im langjährigen Mittel bei 11,3 %, was als mittelmässig gilt. 2014 war er mit 7,8 % schwach. Der Zinsbelastungsanteil liegt im Schnitt bei -3,4 %, somit handelt es sich um ein Nettovermögen. Im Jahr 2014 lag es bei -4,1 %.

Der Kapitalzinsanteil liegt im Schnitt bei 1,5 %, was einer kleinen Schuld entspricht. Im Jahr 2014 lag er bei -1,5 %.

Die Bruttoverschuldungsquote liegt im Schnitt bei 64,3 %, was als gut bezeichnet werden kann. Im Jahr 2014 lag sie bei 37,6 %, was einem sehr guten Wert entspricht.

Damit komme ich zur Rechnung der Werkbetriebe: Ebenfalls wieder hervorragend deutlich über Budget präsentiert sich die finanzielle Situation bei den Werkbetrieben. Diese erzielten 2014 einen Umsatz von 66,4 Mio. Franken, dieser liegt auf einem Rekordniveau und 4 Mio. Franken höher als im Jahr 2014. Für das Jahr 2014 war ein Ertragsüberschuss von rund 2,7 Mio. Franken veranschlagt. Es ist nun aber ein solcher von über 7,24 Mio. Franken erreicht worden. Das Nettovermögen der Werkbetriebe beträgt immer noch stolze gut 17 Mio. Franken. Die Werkbetriebe präsentieren sich damit in einem blendenden Zustand.

Als dritte Rechnung liegt diejenige des Alterszentrums Park vor. Das Alterszentrum Park erzielte im Jahr 2014 einen Umsatz von 18,43 Mio. Franken, das gegenüber dem Vorjahr um rund 400'000 Franken abgenommen hat. Der Bruttoertragsüberschuss fällt mit rund 790'000 Franken tiefer aus als im Budget vorgesehen. Geplant war ein Bruttoertragsüberschuss von 1,34 Mio. Franken. Nur dank tieferer Abschreibungen kann heute eine ausgeglichene Rechnung präsen-

tiert werden. Positiv ist, dass die Verantwortlichen das Problem erkannt haben und Lösungsschritte eingeleitet wurden. Ebenfalls positiv ist, dass die Belegung im Alterszentrum Park sehr gut ist und somit sicher das Angebot stimmt. Das Alterszentrum Park weist noch eine Nettoschuld von 29,3 Mio. Franken auf.

Zusammenfassend kann ich festhalten, dass die Rechnungen 2014 unserer Stadt und der Werkbetriebe positiv und erfreulich ausgefallen sind. Der Wermutstropfen liegt beim Alterszentrum Park. Sehr erfreulich ist, dass in der Stadtrechnung das Ausgabenwachstum gebremst werden konnte. Es ist zu hoffen, dass dies nicht nur ein Einmaleffekt ist, sondern dass solch rückläufige Ausgaben in Zukunft öfters in den Rechnungen zu sehen sein werden. Dabei wünschen wir dem Stadtrat und den Mitarbeitenden viel Erfolg. Wir sind auf den Voranschlag 2016 bzw. das Budget, wie es neu nach HRM2 heisst, gespannt.

Zum Schluss möchte ich den Dank zu den vorliegenden drei Rechnungen des Jahres 2014 im Namen aller GPKs abstatten. Ich danke für die Arbeit des Stadtammanns und seinen Kollegen und Kolleginnen im Stadtrat. Zu danken ist aber auch dem Finanzchef Reto Angern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Eingeschlossen sind die Finanzverantwortlichen und alle Mitarbeitenden der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park, die alle zu diesen guten Resultaten und der guten Finanzlage unserer Stadt und ihrer Betriebe beigetragen haben.

Es liegt uns auch ein reich illustrierter, umfassender Geschäftsbericht vor. Dieser wurde unter der Federführung des Informationschefs Andreas Anderegg erstellt und wiederum von Altgemeinderat Martin von Siebenthal lektoriert. Auch für diese grosse Arbeit möchte ich herzlich danken. Die drei GPKs empfehlen diesen Geschäftsbericht einstimmig zur Genehmigung. Im Namen der GPK Finanzen und Administration beantrage ich Ihnen, auch die Rechnungen der Stadt und ihrer Betriebe für das Jahr 2014 zu genehmigen.

Gemeinderat Alex Blumer, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU: Nach der hitzigen Budgetdebatte vom letzten Jahr wurde der Rechnungsabschluss 2014 in unserer Fraktion mit grosser Spannung erwartet. Die verschiedenen Rechnungsabschlüsse sind strukturiert dargestellt, übersichtlich und die Abrechnungen bei einzelnen Positionen sind detailliert beschrieben. Unsere Fraktion dankt in diesem Zusammenhang allen Beteiligten für die sehr gut geleisteten Arbeiten. Die positiven Zahlen bei der Verwaltung mit einem Überschuss von 2,6 Mio. Franken und den Werkbetrieben mit einem Überschuss von 7,2 Mio. Franken wurden in unserer Fraktion wohlwollend aufgenommen. Speziell begrüsst wurde, dass sich der Aufwand ohne ordentliche Abschreibungen bei der Stadt im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 % reduziert hat. Hier können wir nur sagen: weiter so! Ein Wermutstropfen in diesem Jahr ist das Alterszentrum Park, das negative Zahlen von rund 94'000 Franken ausweisen muss. Wir stellen uns hier die Frage, ob anstelle der Anpassung der Abschreibung bei der Alterssiedlung nicht besser gleich ein Verlust ausgewiesen worden wäre. Die Fraktion FDP/SVP/EDU ist klar für ein Eintreten auf das Geschäft.

Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wie immer an dieser Stelle danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Ein spezieller Dank geht auch wie immer an den Finanzchef Reto Angern und Stadtammann Carlo Parolari. Aber nicht wie immer – für den Stadtammann ist es nicht nur die letzte Rechnung, sondern seine letzte Gemeinderatssitzung. Er bekommt deshalb von uns einen Spezialdankesoskar für seinen grossen und unermüdlichen Einsatz zum Wohl unserer Stadt. Und nun zur Beurteilung der Rechnungsergebnisse:

Gemäss dem Stadtrat resultiert ein Vorschlag von 499'000 Franken. Mit gesetzmässigen Abschreibungen von 8 % statt 4,1 % des Restbuchwerts bzw. rund 4,5 Mio. statt 2,4 Mio. Franken und mit dem Gewinn aus den Liegenschaftsgeschäften von rund 100'000 Franken haben wir ein Defizit von rund 2 Mio. Franken. Obwohl vom Stadtammann schon zwei Mal ausdrücklich versprochen, fehlt dieses Ergebnis leider wieder in der Botschaft. Beurteilung unter diesem Aspekt: Ziemlich bewölkt. Aber heiter, und das stimmt zuversichtlich, der Aufwand ist deutlich tiefer als budgetiert, und das ist ganz wichtig, tiefer als in der Rechnung 2013, und zwar auch bei den Hard Facts Personalaufwand und Sachaufwand, dort nur minim höher als in der Rechnung 2013. Auch wenn der GPK-Präsident diese Zahlen zutreffend etwas relativiert hat, hier ein grosses Kompliment an den Stadtrat. Der Bruttoertragsüberschuss von 2,42 Mio. Franken ist indessen zu tief. Das sind nur 3,25 % des Ertrags. Schon letztes Jahr waren es nur 3,7 %, 2012 3,82 %. Das ist im Vergleich zu den Jahren vor 2012 deutlich zu wenig, dort waren es 8,3 %, 10 %, 9 %, 7 % und 7,6 %. Das Problem ist halt einfach, dass das nicht für genügende Abschreibungen und für genügende Mitfinanzierungen der geplanten hohen Investitionen reicht. Wir vermissen hier den stadträtlichen Mahnfinger. Den Beleg dafür liefert der Selbstfinanzierungsgrad und damit zur Investitionsrechnung:

Ein Ausführungsgrad von rund 80 % ist gut, denn wir befürworten, dass das, was beschlossen ist, wenn irgend möglich umgesetzt wird. Das Problem ist eben die Finanzierung. Ein Selbstfinanzierungsgrad von nur noch 38,7 % ist ein Minusrekord. Ich konnte im Extranet in den Rechnungen bis 1988 zurück nachschauen. Es ist ein Minusrekord seit 1988.

Bei der Gesamtrechnung haben wir gemäss Stadtrat einen Finanzierungsfehlbetrag von 9,82 Mio. Franken (Botschaft Seite 2) oder vielleicht sind es auch 8,76 Mio. Franken (Register 5). Das ist happig. Das kann nur dank des hohen Nettovermögens aufgefangen werden, allerdings wissen wir nicht wie lange, aber sicher noch ein paar Jahre. Das Eigenkapital bleibt konstant, weil gesetzmässig nicht abgeschrieben und kein Defizit ausgewiesen wird, bzw. erhöht sich dank des leichten Grundstückgewinns auf 75 Mio. Franken. Hier sind wir mit einem sehr dicken Polster auf der sicheren Seite. Sorgen bereiten uns die unerwartet tiefen Steuererträge. Wegen des sehr hohen Eigenkapitals ist allerdings auch hier keine Panik angebracht. Es führt allerdings kein Weg daran vorbei, den Aufwand auch kleinerer Positionen immer sorgfältig zu kontrollieren und die Investitionen zu priorisieren. Auf der Ertragsseite erinnern wir an die Feststellung des Stadtammanns im Rahmen der Budgetdebatte vor einem halben Jahr, die letzte Steuerfussenkung sei die berühmte eine zu viel gewesen. Uns würde zudem die Meinung des Stadtrats zur Frage interessieren, ob der kantonale Lastenausgleich für die Sozialhilfekosten im Vergleich mit dem Ressourcenausgleich, dem Strukturausgleich und dem Finanzausgleich für die Schulgemeinden noch stimmt. Die Diskussion ist ja kürzlich im Grossen Rat von Kantonsräten aus allen Städten lanciert worden.

Die Resultate des Alterszentrums Park sind, wie es auch meine Vorredner sagten, knapp genügend. Unsere Fraktion nimmt das in Kauf, weil wir, wenn immer möglich keine höheren Tarife wollen. Die Nettoschuld ist allerdings im Auge zu behalten.

Bei den Werkbetrieben haben wir noch höhere Überschüsse als gewohnt. Trotz sehr hoher ordentlicher Abschreibungssätze von 20/20/12 % resultiert ein hoher Überschuss von fast 5 Mio. Franken. Eigentlich sind es sogar 5,4 Mio. Franken, denn die Debitorenverluste wurden ohne nachvollziehbare Erklärung gegenüber dem Budget und auch gegenüber der Rechnung 2013 um über 500'000 Franken erhöht. Das ist nochmals eine halbe Million Franken Gewinn. Damit steht die Frage im Raum, ob die Rechnung nicht vielleicht zu gut ist. Aber das wollen wir nicht hier und heute thematisieren.

Abschliessend möchte ich mit einer generellen Beurteilung der Buchhaltung abschliessen. Ich zitiere gern aus dem Managementletter der Provida: „Die Buchhaltung und die Organisation hinterlassen einen sehr guten Gesamteindruck. Die Buchhaltung präsentierte sich uns in tadellosem Zustand.“

Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaften/JUSO: Unsere Fraktion hält nach Durchsicht der Rechnung drei Dinge fest:

1. Wir stellen gemäss Angaben auf Seite 26 der Stadtrechnung fest, dass das Steueramt eine hohe Kundenorientierung pflegt und sich mit individuell abgesprochenen Zahlungsraten bemüht, lange ausstehende Steuerbeträge doch noch einzufordern. Allerdings bereitet uns die Steuerprognose grosse Sorgen. Viele juristische Personen haben sich tiefer veranlagern lassen als im Vorjahr. Wir bitten den Stadtrat um eine Stellungnahme, was diese Tatsache für den Wirtschaftsstandort Frauenfeld bedeutet und ob die Aussichten für ortsansässige Firmen wirklich so düster sind. Oder wurde womöglich das Läuten der Alarmglocken nach der Masseneinwanderungsinitiative und der dauernden Frankenstärke genutzt, um wenigstens die provisorische Steuerrechnung etwas nach unten zu drücken? Beides ist unserer Meinung nach besorgniserregend.
2. Auf Seite 11, zweitoberste Position finden Sie ein gutes Beispiel, wie sparen können. Ich hoffe doch sehr, dass sich die bürgerliche Seite spätestens bei der Beratung des Budgets 2016 daran erinnert, dass Sparen eben auch bedeuten kann, dass wir uns in den nächsten Jahren oder den nächsten Generationen Altlasten überlassen, respektive neue Sparzwänge schaffen, ein Vorgehen, dass Exekutive und auch Legislative in Frauenfeld stets zu vermeiden suchen.
3. Wir haben es in den Vorbemerkungen und den Beratungen für den Voranschlag 2015 gemerkt und wir können es jetzt mit vorliegender Rechnung 2014 bestätigen. Der Stadtrat und die Stadtverwaltung arbeiten effizient und sparsam. In vielen Positionen sind die Ausgaben gesunken oder blieben unter den Zahlen des Voranschlags. Wir möchten daher den Stadtrat und die gesamte Verwaltung loben. Sie haben für den kommenden Budgetprozess das Vertrauen des Gemeinderats verdient. Ihre Einschätzungen und Befürchtungen sind ernst zu nehmen. Wir verzichten aber auf Bemerkungen zu den Abschreibungen und platzieren ein eigenes Lob wegen der transparenten Darstellung beispielsweise des Sachverhalts auf Seite 67 Position 63.20.36500.

Gemeinderat Christoph Regli, Referent der CVP/EVP-Fraktion: Nachdem es im materiellen Teil kein allgemeines Gefäss gibt, passe ich mich meinen Vorrednern an und bringe jetzt alle unsere Anliegen der Fraktion in diesem Eintreten vor, auch wenn ich sonst für das Eintreten separat bin.

Wir haben die Rechnung der Stadt Frauenfeld 2014 eingehend beraten. Wir stellen fest, dass mit Steuergeldern verantwortungsvoll umgegangen wird. Es gibt derzeit überhaupt keinen Grund, über die Rechnungen zu jammern. Klar wären zusätzliche Erträge bei den Steuern und damit höhere Abschreibungen erfreulich gewesen. Aber die Rechnung schliesst ja deutlich, nämlich mit 500'000 Franken besser ab als budgetiert, also sind wir bitte zufrieden, sonst hätten wir nicht so budgetieren dürfen. Dieser positive Abschluss ist überhaupt nicht selbstverständlich, wenn wir sehen, dass den budgetierten Einnahmen von 79,9 Mio. Franken nur 74,7 Mio. Franken effektiv gegenüberstehen. Selbsterklärend also, dass der Aufwand sogar 1,7 Mio. Franken tiefer gehalten werden konnte. Der Aufwand ist auch 2,5 Mio. Franken tiefer als 2013. Merci an alle Verantwortlichen. Auch wenn es Zufälle oder zum Teil Glücksfälle gegeben hat wie zum Beispiel den geringeren Aufwand für die Pensionskasse, darf man sagen, dass Sparmöglichkeiten umgesetzt und Budgetausgaben nicht einfach umgesetzt wurden, wie sie vorhanden waren.

Dabei wird es aber auch bleiben müssen. Es wird ja auch nicht locker Steuererhöhungen geben, weil dies allenfalls der einfachste Weg sein könnte. Wie des Öfteren schon gesagt, sehen wir darin eher die Ultima Ratio. So scheint es uns zum Beispiel wichtig, weiterhin Sparpotenzial auszunutzen und allenfalls mögliche Stellenbesetzungen zu prüfen. Ausfälle könnten vielleicht auch intern verknüpft werden, statt externe Lösungen anzustreben. Dies könnte neben Sparmassnahmen auch Jobenrichment bedeuten und Know-how würde stadintern weitergestreut. Dies hätte auch vorbeugende Wirkung gegen Entlassungen, die wir uns echt nicht wünschen. Erfreulich ist auch der Abbau der langfristigen Schulden. Ein besonderes Problem haben die Werke. Eines, um das sich die Stadt oder Rechnungen von Stadträtin Elsbeth Aepli gern streiten würden. Es fehlt langsam das Abschreibungspotenzial, da man nicht unter einen Franken gehen kann. Aber der Gewinn muss ja irgendwie versorgt – ich sage nicht versteckt – werden. Spezialfinanzierungen sind eine Möglichkeit und können gut begründet sein. Bei den Werken können die normalen Investitionen aber wahrscheinlich auch ohne diese locker getätigt werden. Das Geld würden wir lieber woanders wissen, zum Beispiel in höheren Rückvergütungen oder in interessanten, zukunftssträchtigen Projekten, denen der Gemeinderat sicher gern zustimmen würde.

Dem Korrekturvorschlag der vereinigten GPKs auf dem lachsfarbenen Papier betreffend Überschussverteilung bei den Werken stimmen wir natürlich gern zu.

Mit der Rechnung des Alterszentrums Park ist die Fraktion CVP/EVP grundsätzlich einverstanden und nimmt diese in der vorliegenden Form zur Kenntnis. Mit höheren Abschreibungen wäre uns aber markant wohler. Die Erhöhung der Taxen wird uns sicher bald beschäftigen. Dem Antrag der GPK Gesellschaft und Sicherheit auf dem lachsfarbenen Papier stimmen wir auch zu, auch wenn wir die Ergänzung nicht notwendig finden. Die CVP/EVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat, insbesondere auch bei Finanzchef Reto Angern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für die gute geleistete Arbeit.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Gemeinderat Peter Wildberger ist eingetroffen; das absolute Mehr beträgt nun 19.

Materielle Beratung

0 – ALLGEMEINE ABTEILUNG

Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der GPK Finanzen und Administration: Keine Anmerkungen zur Erfolgsrechnung.

Zur Investitionsrechnung: Konto 0910.56500 Ausfinanzierung der Teuerung der Renten mit 2,587 Mio. Franken. Per 1. Januar 2014 wurde ja die Pensionskasse in die Selbstständigkeit entlassen. Die früher ausgesprochenen Teuerungsrenten wurden nun mit einer einmaligen Zahlung ausfinanziert. In der Botschaft vom Februar 2013 waren dafür 3,268 Mio. Franken berechnet worden. Aufgrund der aktuellen Anzahl Rentner und der weggefallenen Teuerung in den letzten drei Jahren konnte der Betrag um ganze 680'000 Franken tiefer angesetzt werden. Dieser Betrag muss nun möglichst realitätsnah amortisiert werden.

1 – ZENTRALVERWALTUNG UND FINANZEN

Gemeinderat Thomas Gemperle, Referent der GPK Finanzen und Administration: Die Erläuterungen zu den Abweichungen in den einzelnen Konten dieser Abteilung sind plausibel und nachvollziehbar. Zwei kleine ergänzende Bemerkungen zu zwei Konten:

Seite 21 Konto 1540 Kapitalertrag: Es hat einen massiv kleineren Kapitalertrag gegeben. Die Begründung liegt bei tieferen Zinsen. Weiter wird erwähnt, dass die Liquidität durch das Finanzamt straffer geführt wurde und dadurch tiefere Kontostände resultiert seien. Der Finanzchef hat erklärt, dass die Stadt dadurch gesamthaft nur rund 1,5 Mio. Franken zusätzliches Kapital aufnehmen musste und der Rest der getätigten Investitionen durch Eigenmittel finanziert werden konnten. Die GPK hat sich ergänzend zu diesem Umstand informiert und das Ziel ist klar, die Zahlungsbereitschaft der Stadt muss immer sichergestellt sein, damit sämtliche Verpflichtungen erfüllt werden können. Damit die Liquidität sichergestellt ist, gibt es eine Liquiditätsplanung und da wurde uns versichert, dass auch mit geringeren Beständen kein Problem besteht.

Seite 24 Konto 1570 Verpachtungen Grundstücke: Da hat es Minderausgaben von 2'800 Franken gegeben, beim Konto 31604 Pauschale 14 Parkplätze Park & Pool Zuckerfabrik. Da hat man sich erkundigt, warum diese Aufgaben nicht mehr getätigt wurden, obwohl sie sehr minim sind. Auch hier haben die Abklärungen ergeben, dass die Zählungen des Tiefbauamts über einen längeren Zeitraum ergeben hätten, dass die Parkplätze nicht benutzt würden. Daher wurden sie auf Mitte 2014 gekündigt.

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Der Bereich öffentlicher Verkehr gab zu keinen grossen Diskussionen Anlass. Es ist ein positiver Bereich in der Rechnung der Stadt, wie im Geschäftsbericht auf den Seiten 56 bis 58 zu lesen ist. Das Highlight ist der Stadtbus Frauenfeld. Nur um das Positivste zu erwähnen, das Passagierwachstum setzte sich ungebremst fort und der Stadtbus durfte letztes Jahr fast 2,5 Mio. Passagiere befördern. Die Rechnung im Bereich öffentlicher Verkehr präsentiert sich wesentlich unspektakulärer als diese Erfolgsmeldung. Die laufende Rechnung: Der Aufwand fiel um 87'000 Franken geringer aus als budgetiert, während es Mindereinnahmen von ca. 8'000 Franken gab. Dadurch verbessert sich

die Bilanz gegenüber Budget um ca. 18'000 Franken. Wesentliche Abweichungen vom Budget sind die Folgenden:

Konto 31001 Tageskarten Gemeinden: Diese konnten zu den alten Tarifen eingekauft werden, was zu einer Ersparnis von ca. 25'000 Franken führte.

Konto 30100 Besoldungen beim Stadtbus: Sie lagen ca. 20'000 Franken tiefer als budgetiert. Beim Konto 31802 Aufwand Dritter: Durch den Verzicht auf die Vergabe von Aufträgen an externe Berater konnte eine Ersparnis von 65'000 Franken erzielt werden.

Im Konto 31805 resultiert ein Mehraufwand von 55'000 Franken beim Anteil nicht abzugsberechtigter Vorsteuern.

Bei 43403 Tarifverbund Ostring waren die Einnahmen um 65'000 Franken tiefer als budgetiert. Dafür waren die Erträge aus den Generalabos im Konto 46001 ca. 56'000 Franken höher als budgetiert. Mehreinnahmen und Minderausgaben führen zu diesem Vorschlag von 18'000 Franken in der Abschlussrechnung.

Zur Investitionsrechnung gibt es seitens der GPK keine Bemerkungen.

2 – TIEFBAU

Gemeinderat Marcel Epper, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Die laufende Rechnung verzeichnet im Gesamten gegenüber Budget einen tieferen Aufwand auf der einen Seite und einen höheren Ertrag auf der anderen Seite, womit der Nettoaufwand gesamthaft rund 4710'000 Franken geringer ausgefallen ist. Sowohl Aufwand als auch Ertrag fallen zudem gegenüber dem Jahr 2013 im Rechnungsjahr 2014 tiefer aus. Die wesentlichen Abweichungen in der laufenden Rechnung sind schriftlich erläutert worden. Ich verzichte darauf, diese hier noch einmal zu rekapitulieren und komme einzig ergänzend auf einige Bemerkungen zu sprechen, die in der GPK im Rahmen der Rechnungsdebatte zusätzlich diskutiert wurden.

Der eine Punkt betrifft das Werkhofgebäude bzw. die Frage, die in der GPK gestellt wurde, wie weit die Strategie fortgeschritten sei bezüglich einer allfälligen Verlegung des Werkhofs. Hierzu kann man sagen, dass zurzeit kein konkretes Projekt, keine konkrete Vorstellung auf dem Tisch liegt. Man hält grundsätzlich an der Strategie fest, den Werkhof zu gegebener Zeit zu verlegen, aber man muss auch realistisch sein, dass es sich hierbei um ein längerfristiges Projekt handelt und ein Zeithorizont von 2030 nicht unrealistisch ist.

Beim Konto 2215.31401, Baulicher Unterhalt Adler-Aufgang, wurde der Kostensprung von 2013 auf 2014 angesprochen. Hierzu kann folgende Erklärung zusätzlich abgegeben werden: Im Mittel der Jahre sind die Kosten bezüglich baulichem Unterhalt des Adler-Aufgangs in etwa bei rund 10'000 Franken. Es kann aber auch hier sehr grosse Abweichungen geben. So wurde 2014 als grosser Kostenpunkt die Revision des Lifts durchgeführt. Dazu entstanden 2014 zusätzliche Betriebs- und Reinigungskosten und es musste ein Nottelefon im Lift installiert werden, was zusätzliche Kosten generierte. Mit anderen Worten: Die hier gegenüber dem Vorjahr höheren baulichen Unterhaltskosten sind inhaltlich und materiell nachvollziehbar erklärt.

Dass wir im vergangenen Jahr einen milden Winter hatten und entsprechend im Winterdienst tiefere Kosten angefallen sind, braucht nicht weiter erklärt zu werden.

Dann wurde noch das Thema 2218.39001 Interne Verrechnung Polizeiabgaben wurde die Frage gestellt, wo genau bei den Personalkosten die Erhöhung von 25 % resultiere. Hierzu kann zur Erläuterung Folgendes ergänzend gesagt werden: Es handelt sich hier um ein Konto, welches letztlich durch das Amt für Sicherheit, nämlich in der Person von Werner Spiri ausgeführt wird, aber unter der Abteilung Tiefbau geführt wird. Werner Spiri, wir wissen es, hat ganz verschiedene Funktionen zu erfüllen, die sich nicht alle nur in der gleichen Abteilung und im gleichen Amt niederschlagen. So wurde im letzten Jahr im Rahmen der Verwaltungsreorganisation hinsichtlich des neuen Budgets die Zuteilung der Mitarbeitenden geprüft, ob die Zuteilung der einzelnen Pensen in den einzelnen Abteilungen zutreffend ist. Hier hat man im Bereich interne Verrechnung Polizeiaufgaben einen höheren Pensumsanteil zugewiesen, das ändert aber nichts daran, dass das Gesamtpensum und damit auch die gesamten Lohnkosten weiterhin bei 100 % bleiben. Was an einem Ort zu höheren Personalkosten geführt hat, hat entsprechend am anderen Ort zu tieferen Aufwendungen geführt.

Investitionsrechnung: Hier kann man grundsätzlich feststellen, dass die Nettoinvestitionen rund 2,02 Mio. Franken tiefer ausgefallen sind. Der Ausführungsgrad liegt über alle Investitionen bei rund 80 %. Sie wissen es, beim Strassenbau kommt es immer wieder zu Verschiebungen und Minderausgaben. Solche Verschiebungen finden wir beispielsweise im Bereich der Sicherung der Bahnübergänge der Frauenfeld-Wil-Bahn. Wir finden Sie im unteren Bereich der Neuoststrasse, dieses Projekt wurde um ein Jahr verschoben. Auf der anderen Seite gab es Grossprojekte wie den Radweg Murg-Auen-Park und Lärmschutz an diversen Strassen, die zu den genannten Verschiebungen beitrugen. Alles in allem ist aber festzustellen, und das gilt auch für die laufende Rechnung, dass in der Abteilung Tiefbau sparsam mit dem zur Verfügung stehenden Geld umgegangen wird und bei uns in der GPK überhaupt nicht der Eindruck entsteht, dass man einfach Geld ausgibt, nur weil es gemäss Budget zur Verfügung steht. Man ist sich sehr bewusst, dass man die Gelder nur gezwungen und notwendigerweise ausgibt.

Konto 2005 abteilungsbezogene Ausgaben und Einnahmen, Konto 50100 Umbau, Sanierung Büroräumlichkeiten Tiefbauamt: Wir konnten feststellen, dass hier keine Budgetposition eingestellt ist. Der Grund ist, weil im Budgetprozess diese Position noch kein Thema war. Der entsprechende Stadtratsbeschluss erging am 1. Juli 2014, also lange nach Verabschiedung des Budgets. Der Umbau wurde auch erst im zweiten Teil des Jahres 2014 ausgeführt. Der Auslöser waren schlicht und einfach Platzprobleme. Aufgrund der räumlichen Verhältnisse können keine zusätzlichen Räumlichkeiten dazu gemietet werden, somit muss man mit den bestehenden Büros mehr Raum schaffen. Man hat ein Entree geschaffen. Die GPK konnte diese Erklärung nachvollziehen. Wir sind der Meinung, dass es auch richtig war, diese Umbausanierungsmassnahme 2014 zur Ausführung zu bringen.

4 – HOCHBAU

Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: In dieser Abteilung ist der Nettoaufwand insgesamt 424'421 Franken geringer als budgetiert. Die Abweichungen vom Budget sind alle beschrieben, ich kann mich auf zwei Bemerkungen beschränken:

Konto 3120 Projekte 46900 Beiträge von Dritten: Bei Kapitalaufnahmen der Stadt bei PostFinance gewährt diese den Gemeinden mit Energiestadtlabel einen Bonus. Gemäss Liste im Register 6 hat die Stadt bei der PostFinance Bern per 24. Oktober 2014 ein Darlehen von 5 Mio. Franken aufgenommen. Der Bonus betrug einmalig 8'000 Franken, welcher im Bereich Energieberatung verbucht wurde. Das Bonusprogramm der PostFinance läuft noch bis Ende 2015.

3140 Beiträge Kulturhilfe 48100 Bezug aus Spezialfinanzierungen Natur- und Kulturprojekte: Hier gibt es ein Reglement zu dieser Spezialfinanzierung. Spezialfinanzierung ist aber rechtlich nicht der richtige Titel. Eine Spezialfinanzierung würde erfordern, dass sie unabhängige Einnahmen hat. Eine Spezialfinanzierung darf grundsätzlich nicht nur aus Steuereinnahmen finanziert werden. Das war vorliegend der Fall, sodass es sich per se um keine Spezialfinanzierung handelt. Nach dem Beitrag an die Renovation der katholischen Kirche ist dieser Fonds nun leer. Eine Reglementsüberarbeitung drängt sich auf, in der neben der Verwendung auch die Einnahmen geregelt sind.

Investitionsrechnung: Auch hier ist der Nettoaufwand 247'851 Franken geringer als budgetiert. Weitere Bemerkungen wären Wiederholungen von beschriebenen Erläuterungen zu den einzelnen Konten.

5 – ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Gemeinderat Christoph Regli, Referent der GPK Finanzen und Administration: Wir haben diese Rechnung aufgrund der neuen Organisation in unserer GPK zum ersten Mal behandelt und wir haben sie gern gutgeheissen. Sie schliesst bei einem Aufwand von 3,375 Mio. Franken und Einnahmen von 2,9 Mio. Franken mit einem Nettoaufwand von ca. 440'000 Franken erfreulich positiv ab, nämlich beinahe 100'000 Franken besser als budgetiert. Dies, weil ein Ertrag, der annähernd dem Budget entspricht, ca. 104'000 Franken weniger Ausgaben als budgetiert gegenüberstehen. Diese Einsparung ergab sich insbesondere aus der Position 5140.30100, Besoldungen. Die Begründung ist klar und tönt einfach, indem die Stelle des Staboffiziers nicht besetzt werden konnte. Uns wurde aber versichert, und das ist unseres Erachtens das Wichtigste, dass dies keine negativen Auswirkungen und Konsequenzen für die Sicherheit gehabt hat. Einmal mehr sind also unsere Milizler aus der Feuerwehr in die Bresche gesprungen. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass wir an die Grenzen der Belastungsmöglichkeit kommen. Ein herzliches Dankeschön deshalb allen, die dazu beigetragen haben.

Zur Investitionsrechnung haben wir keine Bemerkungen.

6 – GESUNDHEIT

Gemeinderätin Ursula Duewel, Referentin der GPK Gesellschaft und Gesundheit: Die Rechnung der Abteilung 6 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 5,8 Mio. Franken ab. Dieser Aufwandüberschuss ist leider 280'000 Franken höher als budgetiert. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Aufwand sogar um 540'000 Franken. Grössere Differenzen gibt es bei der Übernahme nicht gedeckter Krankheitskosten und Prämien und bei den Ausgaben für die Prämienverbilligungen. Eine Punktlandung wurde bei den Ausgaben der Spitex erreicht, obwohl es da grosse Abweichungen innerhalb der einzelnen Positionen bei den Leistungsvereinbarungen gegeben hat. Es wurden erheblich mehr Pflegestunden erbracht, hingegen gingen die Stunden im Bereich Hauswirtschaft zurück. Dies sind aber fast alle Positionen, auf die die Stadt keinen oder nur geringen Einfluss hat. Wir danken den Mitarbeitenden der Abteilung Gesundheit für die geleistete Arbeit.

7 – SOZIALES

Gemeinderätin Monika Landert, Referentin der GPK Gesellschaft und Gesundheit: Die GPK Gesellschaft und Gesundheit zeigt sich sehr erfreut darüber, dass die Rechnung 2014 unter Budget abschliesst und nur leicht über der Rechnung 2013. Dies, obwohl im Bereich Soziales mehr Klienten zu betreuen waren und damit der Aufwand gegenüber 2013 klar gestiegen ist. Schaut man sich beispielsweise die Fallentwicklung in der Sozialhilfe an, so sind 2013 im Schnitt 426 Sozialhilfefälle pro Monat zu zählen, 2014 sind es schon 468 Fälle. Trotzdem ist der Aufwandüberschuss im Jahr 2014 mit rund 158'000 Franken klar unter jenem von 2013. Auch im Bereich der Fürsorge liegt der Aufwandüberschuss klar unter dem budgetierten Betrag. Bemerkenswert schliesslich das Konto 7115 Asylbewerberinnen und Asylbewerber, wo der Aufwandüberschuss rund 100'000 Franken unter dem Budget und auch klar unter dem Betrag der Rechnung 2013 liegt, wobei natürlich gesagt werden muss, dass die Zahl der zugewiesenen Asylbewerber schwer vorauszusagen ist. Klar über Budget, aber im Bereich der Rechnung 2013 schliesst die Berufsbeistandschaft ab, wobei auch hier mit 120 Fallaufnahmen ein klar grösserer Aufwand auszumachen ist. Das gesamthaft sehr erfreuliche Ergebnis in der Abteilung Soziales lässt sich auch darauf zurückführen, dass konsequent Rückerstattungen für geleistete Unterstützung eingefordert worden sind. Dies sieht man auf Seite 71 Konto 43604, 43605, 43611. Dazu wurde gemäss Amtsleiter der Ablauf bezüglich Rückerstattungsforderungen klar definiert und in einem kleinen Handbuch festgeschrieben. Schliesslich kann auch bei der Fachstelle für Integration festgestellt werden, dass der Aufwandüberschuss von rund 487'196 Franken klar kleiner ausfällt als budgetiert und als im Vorjahr 2013. Dies nicht zuletzt deshalb, weil mehr Geld an Beiträgen für Integrationsprojekte hereingekommen ist als erwartet. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im Departement Gesellschaft und Soziales haushälterisch mit dem Geld der Steuerzahlenden umgegangen wird. Es werden Ausgaben dort gekürzt, wo es machbar und sinnvoll ist, aber immer nur so, dass nicht plötzlich die Gefahr besteht, dass durch zu viel Sparen mittel- und langfristig Mehrkosten entstehen könnten. Der moderne Sozialstaat ist eine Errungenschaft, die zwar kostet, auf die wir aber stolz sein können.

8 – JUGEND, SPORT UND FREIZEIT

Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Stadtrat Ruedi Huber erinnert daran, dass die Anlagen jedes Jahr ein Jahr älter werden. Das bedeutet, dass der Unterhaltsaufwand steigt. Ausserdem erwähnt er, dass der schlechte Sommer sich vor allem in den Einnahmen des Freibads bemerkbar gemacht hat, bei der Badi sind zudem aufgrund eines Krankheitsfalls doppelte Lohnkosten angefallen. Es handelt sich dort um langwierige Krankheitsfälle.

Konto 8620.31800 Dienstleistungen Dritter, Sachversicherungen bei Kunsteisbahn: Ruedi Huber erklärte, dass die Kunsteisbahn für die Bewältigung der in der Eissaison anfallenden Arbeitsspitzen auf sehr flexible Teilzeitmitarbeitende angewiesen sei. Der Mann, welcher seine Arbeitsstunden über seine eigene GmbH verrechnet, ist ein Teilzeitmitarbeiter, welcher nach dem plötzlichen Tod von Hansruedi Keller während der Eissaison rasch eingestellt werden konnte. Die Entschädigung erfolgt im Stundenlohn. Gemeinderat Philipp Geuggis macht darauf aufmerksam, dass es gilt, hier explizit sicherzustellen, dass dieser Mitarbeitende die AHV-Beiträge bezahlt und die Anstellung bei der Stadt nicht die einzige Anstellung ist, welche er über die GmbH abrechnet. Bei solchen Konstellationen kann es sein, dass die Stadt die AHV nachzahlen muss. Stadtrat Huber klärt dies noch genauer ab.

Investitionsrechnung: 8110.50303 Casino Sanierung Bürotrakt: Stadtrat Huber erklärt einleitend, dass im oberen Stock des Casinos Räumlichkeiten vorhanden sind. Diese wurden bisher von der kantonalen Verwaltung gemietet. Neu soll das Amt für Gesellschaft und Integration einquartiert werden. Diese Büros wurden saniert. Gemäss Reto Angern wurde das zweite und dritte Obergeschoss vom Kanton bereits früher zurückgegeben. Die Räumlichkeiten konnte man dann auch 2014 bereits vorbereiten, damit sie vom Amt für Gesellschaft und Integration bezogen werden konnten. Das 4. Obergeschoss im Casino wurde erst auf 1. Januar 2015 frei. Dort konnte man bisher mit dem Umbau nicht beginnen, weil das Budget bis Ende April gesperrt war.

8310.50218 Hallenbad: Die Machbarkeitsstudie Hallenbaderweiterung/Neubau: Im Sommer 2014 wurde die Decke des Hallenbads untersucht und dann eine Zweitmeinung eingeholt. Diese kam zum Schluss, dass die Dringlichkeit nicht ganz so hoch sei, wie im Bericht erwähnt. Eine genauere Untersuchung und Interpellation im Sommer 2015 sollte dann etwas klarer ausfallen, sodass man sich auf den Weg machen kann für die weitere Planung. Das Dach muss aber so oder so saniert werden.

Gemeinderat Marcel Epper, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Der Stadtrat hat mit der Botschaft Nr. 9 vom 13. März 2012 betreffend Kreditbegehren den Ausbau der Langfeldstrasse im Abschnitt zwischen Langdorf und Langfeldkreisel, 1. Ausbaustufe den Landerwerb für den Endausbau unterbreitet und der Gemeinderat hat anlässlich seiner Sitzung vom 25. April 2012 dem Kreditbegehren zugestimmt. Wir können feststellen, dass der Landerwerb für die erste und zweite Ausbaustufe praktisch eine Punktlandung ist. Gemäss Kredit waren es 321'000 Franken, tatsächlich erbrachte Arbeiten rund 323'000 Franken, und was darüber hinaus sehr erfreulich ist, der Strassenausbau erste Baustufe, der gemäss Kredit mit 650'000 Franken veranschlagt war, hat tatsächlich mit einem Minderpreis von nur gerade 444'920 Franken abgeschlossen. Damit konnten die Baukosten rund 20 % unterhalb des beantragten Kredits zum Abschluss gebracht werden. Ich denke, das ist ein sehr gutes Ergebnis und entsprechend hat auch unsere GPK dem Antrag Ziffer 1 auf Seite 38 der Botschaft einstimmig zugestimmt.

RECHNUNG WERKBETRIEBE

Gemeinderat Philipp Geuggis, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Die Jahresrechnung 2014 der Werkbetriebe präsentiert sich sehr erfreulich. Der Umsatz fiel um 5,6 Mio. Franken höher aus als budgetiert und beläuft sich auf 66,4 Mio. Franken. Das sind knapp 4 Mio. Franken mehr als im Jahr 2013. Die Abweichung zum Budget 2014 beträgt +9,2 %, wobei der Erdgasertrag um 3,07 Mio. Franken höher war, was auf den Mehrbedarf im Prozessgas von Grosskunden zurückzuführen ist. Der Wasserertrag ist um 170'000 Franken höher als budgetiert und der Stromertrag ist um 70'000 Franken tiefer als budgetiert. Der Strombedarf war um 0,9 % tiefer als im Jahr 2013. Obwohl die Stromkosten um 13 % respektive 1 Rp./KwH gesunken sind, erhöhte sich der endgültige Stromtarif um 0,7 Rp./KwH oder um 4 %. Dies ist aufgrund der Erhöhung des Tarifs für die Netznutzung um 100 % respektive um 0,31 Rp./KwH und einer Erhöhung der KEV um 33 % oder 0,15 Rp./KwH zurückzuführen. Die laufenden Kosten der Werkbetriebe fielen 450'000 Franken aus als budgetiert. Daraus resultierte ein Grundertragsüberschuss von 7,2 Mio. Franken, d. h. 4,5 Mio. Franken höher als veranschlagt. Der Bruttoertragsüberschuss bleibt damit fast unverändert bei knapp 11 % des Umsatzes und war 0,55 Mio. Franken höher als im Jahr 2013. Vom Bruttoertragsüberschuss wurden 3,01 Mio. Franken für Einlagen in Spezialfinanzierungen und Rückstellungen gebraucht, wobei hierfür 350'000 Franken budgetiert gewesen waren. 2,41 Mio. Franken wurden für ordentliche und 1,66 Mio. Franken für zusätzliche Abschreibungen verwendet. Die effektiven Abschreibungssätze im Ver-

hältnis zu den Restbuchwerten betragen somit beim EW 58 %, beim Gaswerk 100 % und beim Wasserwerk 43 %. Das Total der Restbuchwerte aller Werke liegt damit aktuell bei 5,26 Mio. Franken. In der GPK war unbestritten, dass der Jahresabschluss 2014 der Werkbetriebe sehr erfreulich ist. Es wurde aber intensiv darüber diskutiert, inwiefern es sinnvoll ist, einen so grossen Teil des Grundertragsüberschusses für Einlagen in Spezialfinanzierungen und Rückstellungen zu verwenden. Zwar wird den Gaskunden in Form eines Rabatts von 650'000 Franken etwas zurückgegeben, die Frage stellt sich aber, ob die Rückvergütung nicht höher sein sollte. In diesem Zusammenhang wurde in der GPK auch festgestellt, dass die Werkbetriebe im Vergleich zum Vorjahr das Delkreder um 576'000 Franken erhöht und damit fast verdoppelt haben. Ob das Risiko von Debitorenverlusten sich derart erhöhte, kann infrage gestellt werden. Die momentan sehr hohen Abschreibungssätze auf den Anlagen werden teilweise aufgrund von Fortschritten im Zusammenhang mit der Marktliberalisierung im Gas- und Strommarkt angepasst werden müssen. Es bleibt daher ein Diskussionsbedarf über die Verwendung von zukünftigen Bruttoertragsüberschüssen. Der Zielkonflikt zwischen Energie verkaufen und Energie sparen, in dem sich die Werkbetriebe befinden, wurde in der GPK auch thematisiert. Da stellt sich die Frage, was die Aufgabe der Werkbetriebe und was die Aufgabe der Politik ist. Die Werkbetriebe können die Rahmenbedingungen nicht vorgeben, sind aber auch nicht dafür da, möglichst viel Energie zu verkaufen, sondern möglichst effiziente und sinnvolle Energie.

Anträge: Vorbemerkung zu Antrag 2.4.3: Im zweitletzten Punkt steht: Spezialfinanzierung technische Anlagen GW. Mit GW ist nicht Gaswerk gemeint, sondern Gas/Wasser.

Die GPK Bau, Werke, Anlagen stimmte den Anträgen 2.3 bis und mit 2.4.3 einstimmig zu und ist damit mit der Jahresrechnung der Werkbetriebe Frauenfeld einverstanden.

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: In der Bilanz fällt das per 2014 neu geschaffene Konto 27040, Spezialfinanzierung Energieeffizienz CO₂-Reduktion, auf. Mit den Bemerkungen zur Bestandsrechnung Seite 34 steht dazu: „Für Energieeffizienzanlagen und Projekte im Zusammenhang mit CO₂-Reduktionen wird eine Spezialfinanzierung für 1 Mio. Franken zurückgestellt.“ Was mit dieser Million genau passieren soll, bleibt unklar und wurde auch an der Sitzung der zuständigen GPK nicht wirklich beantwortet. Bei aller Sympathie für das Bestreben der Werkbetriebe für mehr Energieeffizienz und die Reduktion von CO₂, müssen wir hier aus formellen Gründen ein Veto einlegen. Schliesslich möchten wir vermeiden, dass bei der Rechnung der Werkbetriebe gewerkelt wird. Gemäss Verordnung des Regierungsrats über das Rechnungswesen der Gemeinden, was auch für Frauenfeld gilt, bedarf es einer gesetzlichen Grundlage für die Schaffung einer neuen Spezialfinanzierung. Das galt bereits unter HRM1 und gilt auch unter HRM2. Mit anderen Worten: Wenn der Stadtrat eine solche neue Spezialfinanzierung will, muss er dem Gemeinderat zuerst eine entsprechende Botschaft vorlegen. Ohne Beschluss des Gemeinderats und fakultativem Referendum, in welchem u. a. die Errichtung, der Zweck und die Modalitäten von Einlagen und Entnahmen einer neuen Spezialfinanzierung geregelt werden, ist dieses Vorgehen nicht zulässig. Ich werde später unter Ziffer 2.4.2 der stadträtlichen Botschaft den Antrag stellen, die Einlage von 1 Mio. Franken in die Spezialfinanzierung für Energieanlagen CO₂-Reduktion zu streichen und anstelle davon die Zuweisung an das Eigenkapital um diesen Betrag zu erhöhen.

Eine Frage betrifft ebenfalls die Bilanz auf Seite 13 Konto 11090 Decredere. Im Jahr 2013 wurden dafür rund 25'000 Franken aufgewendet und in der Rechnung 2014 ist der Betrag auf 610'000 Franken angewachsen. In den allgemeinen Bemerkungen dazu auf Seite 19 findet man die seltsame Erklärung: „Aus dem Vorsichtsprinzip wurden zusätzlich 576'000 Franken für eventuelle Forderungsverluste gebildet.“ Meine Frage an den zuständigen Stadtrat: Was ist der wirk-

liche Grund für diesen hohen Betrag? Hat sich die Zahlungsmoral der Kunden unserer Werkbetriebe innert Jahresfrist derart verschlechtert? Was veranlasst die Werkbetriebe, die erwarteten Verluste aus Forderungen von 2013 auf 2014 um das 20-Fache zu erhöhen?

Stadtrat Ruedi Huber: Die Aussage, dass es den Werkbetrieben im Moment sehr gut geht, kann auch ich unterschreiben. Ich kenne noch die andere Rolle als Gemeinderat. Auch ich habe das schon immer gesagt. Es ist tatsächlich so, wir können im Moment profitieren von einer sehr guten Situation von Rücklagen, die meine Vorgänger, unsere Vorgänger gemacht haben. Unser Kapital liegt im Boden der Stadt Frauenfeld. Wir haben sehr gute Leitungen in sehr gutem Zustand und wir haben sehr abgeschriebene Anlagen, das ist auch so. Das ist auch der Grund, dass wir so viel Geld übrig haben. Wenn wir durchschnittlich abgeschriebene Anlagen hätten, wären natürlich die Abschreibungen deutlich grösser. Das ist tatsächlich so, und das führt auch dazu, dass man im Moment die Reserven an allen Orten noch mehr auffüllt. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir in die Zukunft schauen. Wo stehen unsere Werkbetriebe in zehn Jahren? Das ist die grosse Frage. Das ist auch die Herausforderung, die ich als Stadtrat habe. Wenn man etwas umherschaut, gibt es Werke, die keinen Stromhandel, keinen Gashandel mehr betreiben. Wenn man ins Ausland schaut, nach Deutschland, da sagen einem die Leute ganz direkt, dass der Handel mit der Industrie sich nicht mehr lohnt, weil die Margen viel zu klein sind. Wenn wir beim Strom den Aufwand bei den Industriekunden, die heute frei wählen können, anschauen, verschiebt sich das Pendel bei Aufwand und Ertrag mehr und mehr auf die negative Seite. Das heisst, wir haben die Aufgabe, die Betriebe in Zukunft neu auszurichten. Hinzu kommt auch noch, dass der Gasbedarf sinken wird. Wir arbeiten ja daran, die Energieeffizienz zu erhöhen. Durch effiziente Heizung und mehr Isolation bei den Gebäuden werden wir beim Gas auch weniger Einkommen haben. Da ist die Frage: Nehmen wir das einfach so hin, wie es ist, oder schauen wir genauer hin, wo wir uns ausrichten sollen? In diesem Prozess sind wir im Moment drin. Die Werkbetriebe sind noch nicht lange bei mir, aber da müssen wir hinschauen, wo es Entwicklungspotenzial im Energiebereich gibt. Da ist die grosse Herausforderung tatsächlich, wie können wir mit möglichst vielen Energiesparmassnahmen trotzdem noch Geld verdienen? Alle Positionen sind ausgenutzt worden, um zu sparen. Eine Vorfinanzierung für Energieeffizienz, CO₂-Sparmassnahmen ist dadurch begründet, dass wir uns überlegen, ob wir im Bereich der Wärme Frauenfeld AG eventuell Investitionen machen, weil es nicht einfach ist, im Moment günstige Kredite zu erhalten. Sonst besteht auch das andere Risiko, dass andere, grosse Player sich in Frauenfeld allein breitmachen und ihre Positionen festigen und wir können schlussendlich zuschauen. Das ist so ein bisschen das Bild im Moment.

Betreffend der Rechtsgrundlage für die neue Spezialfinanzierung kann ich momentan keine kompetente Antwort geben. Aber in den Werkbetrieben hat es Spezialfinanzierungen, die detailliert angeschaut, Rückstellungen und gar keine Spezialfinanzierungen sind. Aber, wie gesagt, ganz kompetent kann ich die Antwort nicht geben. Vielleicht kann da der Stadtammann an seiner letzten Sitzung noch aufklären.

Stadtammann Carlo Parolari: Ich kann gern bestätigen, was Gemeinderat Stefan Leuthold gesagt hat. Eine Spezialfinanzierung im engeren Sinn braucht ganz klar eine gesetzliche Grundlage, dort muss drinstehen, wie die Spezialfinanzierung geäufnet wird und wofür sie verwendet werden darf. Ob es hier eine effektive Spezialfinanzierung ist oder eine Rückstellung, kann ich im Moment auch nicht beantworten. Wenn es eine ist, braucht es eine gesetzliche Grundlage, das ist ganz klar.

Gemeinderat Stefan Leuthold: Ich vermisse noch eine kurze Antwort auf die Frage wegen dem Decredere, die ich vorhin gestellt habe.

Stadtrat Ruedi Huber: Diese Position ist von unserem Buchhalter genutzt worden, diese 5 % sind zulässig. Es gibt Leute, die den Strom nicht bezahlen können oder wollen. Das hat es und eher in zunehmendem Mass.

RECHNUNG ALTERSZENTRUM PARK

Gemeinderätin Ursula DUEWELL, Referentin der GPK Gesellschaft und Gesundheit: Die Rechnung des Alterszentrums Park schliesst mit einem Aufwand von 18,4 Mio. Franken und einem Ertrag von 18,2 Mio. Franken und einem ausgeglichenen Verlust von 194'000 Franken ab. Die Rechnung des Alterszentrums besteht aus vier Teilrechnungen. Der ausgewiesene Verlust bezieht sich nur auf die Abrechnung Ergaten-Talbach und Betreutes Wohnen. Die Verluste der anderen beiden Teilrechnungen werden anderweitig gedeckt, worauf ich bei den Einzelrechnungen zurückkommen werde.

Ergaten-Talbach schliesst mit einem Aufwand von 14,9 Mio. Franken und einem Ertrag von 14,75 Mio. Franken mit einem Betriebsverlust von 158'000 Franken ab. Dieser wird der Spezialfinanzierung Renovationen und Defizitdeckung belastet. Da diese bereits Ende 2013 ein Minus von 50'180 Franken aufwies, ergibt sich neu ein Minus von 208'740 Franken. Dieses Minus muss nun durch einen Vorschuss der Stadt gedeckt werden.

Der Personalaufwand Pflege liegt um 560'000 Franken höher als budgetiert. Dies wird mit den steigenden Anforderungen in der Pflege begründet. Lobenswert ist, dass die Leistungen Dritter, das sind die Kosten für die Personalvermittlung SECO gegenüber dem Vorjahr um rund 250'000 Franken reduziert werden konnten.

Beim Sachaufwand liegt das Konto Unterhalt und Reparaturen mit rund 90'000 Franken über dem Budget. Zusätzlich wurde der Einbau einer Nasszelle im 1. Stock Talbach mit 67'000 Franken und der Ersatz der Kühlanlage mit 90'000 Franken abgebildet. Hier stellt sich die Frage, um welchen Betrag es sich bei Unterhalt und Reparaturen handelt, und ab wann aktiviert werden soll. Der Betriebsertrag liegt trotz einer Auslastung von an die 100 % nur leicht über Budget und rund 27'800 Franken unter dem Vorjahr.

Der Ertrag aus Pflögetaxen ist trotz massivem Mehraufwand unter Budget. Nicht nur Pflege-, sondern auch die Betreuungskosten sind an die Reiheneinstufung gekoppelt, was jedoch unserer Ansicht nach nicht den Anforderungen an die Betreuung entspricht.

Zurzeit werden sowohl die Kosten- als auch die Ertragsstrukturen von einem externen Controller analysiert. Massnahmen müssen für das Budget 2016 eingeleitet werden.

Das Betreute Wohnen weist einen Aufwand von 458'548 Franken und einen Ertrag von 422'460 auf. Dies bedeutet einen Verlust von 35'993. Auch dieser Verlust wird der Spezialfinanzierung "Neue Wohnformen" belastet. Auch hier haben wir das Problem, dass das Konto Ende 2013 im Minus waren. Nach der Verbuchung des Verlusts ergibt sich ein neues Minus von 48'150. Auch dieses wird durch einen Vorschuss der Stadt gedeckt. Die Pflögetaxen sind aufgrund der geringeren Pflegebedürftigkeit zurückgegangen. Die Aufwendungen für Pflege und

Betreuung gingen jedoch nicht in gleichem Mass zurück. Auch hier ist eine Analyse des Aufwands und der Ertragsseite vorzunehmen.

Das Tageszentrum weist einen Aufwand von 282'125 Franken und einen Ertrag von 233'935 Franken auf. Die Differenz von 48'190 Franken wird durch direkte Spenden von 15'120 Franken und Spenden des Fördervereins von 33'070 Franken gedeckt. Die Belegszahlen des zweiten Halbjahrs 2014 weisen eine starke Zunahme des Bedarfs aus. Das Tag-Nacht-Angebot stösst auf grosses Interesse und die vier Plätze sind meistens belegt. Es ist das langfristige Ziel, ohne die Unterstützung des Fördervereins auszukommen.

Die Parksiedlung Talacker weist einen Aufwand und Ertrag von 2,783 Mio. Franken aus. Um dies zu erreichen, mussten die budgetierten Abschreibungen reduziert werden. Ohne diese Anpassung wäre ein Verlust von 35'159 Franken auszuweisen. Aufgrund dieser Tatsache hofft die GPK, im Antrag 2.6.4 auf Seite 38 entsprechend dem Lachsfarbenen Papier zu ändern. Die Besoldung des Pflegepersonals inklusive Leistungen Dritter liegt mit 792'184 Franken um 291'000 Franken über Budget. Der Ertrag Pflögetaxen beläuft sich auf 701'573 Franken, das heisst rund 90'000 Franken des Pflegeaufwands konnten nicht verrechnet werden. Die Betriebsstrukturen und die nicht veränderbaren Leistungen sowie der steigende Anspruch der Bewohner sind zu analysieren und die nötigen Massnahmen auf der Aufwandseite sowie auf der Ertragsseite vorzunehmen. Aufgrund der Tatsache, dass Verluste des Betriebs durch Minderausgaben bei Unterhalt und Reparaturen und zur Reduktion der Abschreibung auf Immobilien gedeckt wurden und generell seit Jahren Uneinigkeit über die Höhe der geforderten Abschreibungen besteht, fordert die GPK in Zukunft folgende Änderungen:

1. Ein allfällig resultierender Gewinn oder Verlust ist auf der Rechnungsseite einem neu zu führenden Konto Defizitdeckung zu belasten bzw. gutzuschreiben.
2. Die Differenz zwischen budgetierten Unterhalts- und Reparaturkosten, welche auf einem Erfahrungswert beruhen, und den effektiven Auslagen sind einem Konto Rückstellungen für Unterhalt und Reparaturen gutzuschreiben oder nötigenfalls zu belasten. Diese Kosten können so über die Betriebsdauer den Bewohnern gerecht belastet werden. Unterhaltskosten sollen getätigt werden, wenn sie anfallen, und nicht, wenn das Betriebsergebnis es zulässt. So bleibt der Wert der Liegenschaft auf hohem Niveau.
3. Die GPK Gesellschaft und Gesundheit verlangt die Überarbeitung der folgenden Planrechnung bzw. des Abschreibungsmodus. Wir schlagen eine lineare Abschreibung von 2,5 % vor. Dadurch wird der Planungshorizont von 40 Jahren eingehalten, der effektive Verlust berücksichtigt und den in der Zukunft niedrigen Zinsaufwand Rechnung getragen. Die im aktuellen Abschreibungsmodus vorgesehenen Mehrbelastungen zukünftiger Pensionäre gegenüber den heutigen ist unseres Erachtens nicht zu verantworten.
4. Die Pensionspreise sind neu zu rechnen und schrittweise anzupassen.

Eine zusätzliche GPK-Sitzung wurde auf Mitte September 2015 vereinbart. Die Verantwortung dafür, dass die Vorgaben der Botschaft Nr. 129 vom 23. Juni 2009 eingehalten werden, liegt beim Stadtrat, der GPK und beim Gemeinderat. Die externe Revisionsstelle ist Berater und nur dafür verantwortlich, dass die minimalen gesetzlichen Vorlagen, das heisst ein Planhorizont von 20 Jahren eingehalten wird, nicht aber dafür, dass die Kosten generationengerecht verteilt werden. Die GPK Gesellschaft und Gesundheit stimmt der vorliegenden Rechnung unter Berücksichtigung des lachsfarbenen Papiers einstimmig zu und ist damit mit der Rechnung 2014 einverstanden.

BESTANDESRECHNUNG DER STADT

Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: In Register 4 ist der Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Ich spreche vor allem auch zu Seite 83 des Geschäftsberichts. Gemäss Art. 11 des Reglements über den Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz legt der Stadtrat jährlich im Geschäftsbericht Rechenschaft ab über die Verwendung der Mittel und die Aktivitäten im Rahmen des Energiefonds. Über die eine Hälfte, Projekte Dritter, wird detailliert auf Seite 83 des Geschäftsberichts Auskunft gegeben. Über die andere Hälfte, stadteigene Projekte, wird nur über das Gesuch des Anergienetzes Kunsteisbahn Turnfabrik berichtet. Auch die Angaben zur Höhe des Gesuchs – gemäss Botschaft sind es 250'000 Franken – fehlen. Heute Morgen lese ich in der Botschaft Bericht Wärme Frauenfeld AG, dass der Stadtrat am 7. Januar 2014 für dieses andere Anergienetz 500'000 Franken a Fonds perdu plus 500'000 Franken als nachrangiges Darlehen gesprochen hat. Warum erscheint das nicht im Geschäftsbericht? Im Sinne einer transparenten Information wäre es gut, im jährlichen Rechenschaftsbericht im Geschäftsbericht über den Energiefonds Folgendes zu dokumentieren:

1. Eingereichte Gesuche
2. Bewilligte Gesuche
3. Ausbezahlte Beträge
4. Bilanz per 31. Dezember über den Stand des Fonds sowie versprochene, noch nicht ausbezahlte Beträge und Darlehen

Zum Schluss wiederhole ich mein Anliegen, dass doch jährlich wenigstens ein Dach der stadteigenen Gebäude mit einer fotothermischen oder fotovoltaischen Anlage bestückt wird. Bis jetzt wurde noch kein Franken aus diesem Teil des Fonds für die Gewinnung von Solarenergie eingesetzt, hingegen 1,35 Mio. Franken für Anergieanlagen gesprochen. Dabei ist die Solarenergie heute bereits günstiger als die Wärmegewinnung aus Anergie.

Stadtrat Ruedi Huber: Ich glaube, das Anliegen ist berechtigt, betreffend der Dokumentation. Dem werden wir nachgehen. Der Grund für das Verhältnis der Subventionierung von Wärmeeanlagen und der Subventionierung von Fotovoltaikanlagen auf eigenen Anlagen ist, dass wir sehr wenige Dächer haben, die wir nutzen können. Wir haben jetzt gerade wieder einen Beitrag aus dem Energiefonds entnommen für die Beteiligungsfotovoltaikanlage auf dem Werkbetrieben. Es ist also nicht so, dass wir den Fonds nicht nutzen. Aber wir können dies im Bereich Solaranlagen nicht im Übermass tun, weil wir von der Statik her nicht die geeigneten Gebäude haben.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

GESCHÄFTSBERICHT

Stadtmann Carlo Parolari: Bevor Sie nun über die Rechnungen 2014 abstimmen, darf ich namens des Stadtrats danken für die sehr speditive Behandlung mit den wohlwollenden Bemerkungen und positiven Würdigungen unserer Arbeit. Wir haben uns bemüht, Sie im Vorfeld ausführlich zu informieren. Es waren drei Medienmitteilungen, insgesamt fünf GPK-Sitzungen und meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat nahmen auch an den Fraktionsitzungen teil. Sie gestatten mir deshalb, dass ich Ihnen nicht noch mehr Zahlen auftische. Die Behandlung der Rechnung ist ja quasi eine Manöverkritik nach geschlagener Schlacht. Sie haben bei aller Speditivität gründliche und gute Arbeit geleistet in den Kommissionen, in den Fraktionen und auch

heute im Rat. Wir danken Ihnen für das Vertrauen in die Arbeit des Stadtrats, der beiden Betriebe und der Stadtverwaltung. Gerne geben wir den Dank an den Finanzchef Reto Angern sowie an die Finanzverantwortlichen der Werkbetriebe Michael Gemperle sowie Ruth Gerber vom Alterszentrum Park weiter. Ebenso gilt auch unser Dank für den wiederum sehr informativen Geschäftsbericht dem Informationschef Andreas Anderegg und für das Korrektorat Altgemeinderat von Siebenthal, den ich ebenfalls auf der Empore sehe. Herzlichen Dank!

Die Rechnungsprüfungskommission sowie die externe Revisionsstelle haben uns gewisses Verbesserungspotenzial aufgezeigt, aber keine wesentlichen Mängel festgestellt. Im Gegenteil: Gemeinderat Hausammann hat es auch festgestellt, in der Gesamtbeurteilung wurde eine sehr gute Qualität und tadellose Buchführung attestiert. Dies wertet der Stadtrat als sehr erfreulich. Da meine bildhaften Wetterberichte zu den drei Rechnungen nicht überall auf die gleiche Beurteilung gestossen sind, verzichte ich darauf, diese zu wiederholen und sage es etwas nüchterner ohne Bilder: Die Werkbetriebe haben ausgezeichnet abgeschlossen und stehen deshalb oberkerngesund da. Die vier Teilrechnungen des Alterszentrums Park schliessen durchgezogen ab, die Gründe sind erkannt, entsprechende Massnahmen in Vorbereitung, Sie haben dies ebenfalls festgestellt. Die Verwaltungsrechnung der Stadt schliesst besser ab als budgetiert, obwohl die veranlagten Steuererträge nicht erreicht werden konnten. Sie haben aber wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass dieser Umstand durch tiefere Personalkosten von rund 860'000 Franken sowie dank rigoroser Sparmassnahmen durch einen rund 1 Mio. Franken tieferen Sachaufwand kompensiert werden konnte. Ich kann feststellen, die Stadtverwaltung hat die Ausgaben im Griff. Besten Dank für Ihre Anerkennung.

Die zahlreichen Abweichungen im positiven und negativen Sinn haben wir im Detail erläutert, darauf gehe ich nicht ein. Ich bin Gemeinderat Hefti noch eine Antwort schuldig. Er hat in seinem Votum den Stadtrat um eine Stellungnahme gebeten, was die tieferen Steuererträge bei den juristischen Personen für den Wirtschaftsstandort Frauenfeld bedeuten und ob die Aussichten für ortsansässige Firmen wirklich so düster seien. Über die genauen Gründe für diesen Minderertrag können auch unsere Fachleute, kann auch ich nur spekulieren. Wenn wir es wüssten, würden wir jeweils sehr genau budgetieren können. Zu bedenken gebe ich allerdings, dass von den rund 1500 besteuerten juristischen Personen gerade mal deren sechs rund 85 % des Steueraufkommens erbringen, rund 30 Firmen generieren rund 95 % des Steuerertrags der juristischen Personen. Weiter haben wir in der GPK Finanzen und Administration aufgezeigt, dass wir im aktuellen Jahr die juristischen Personen sicherlich budgetgemäss abrechnen konnten. In den Jahren 2011 bis 2013 lagen die Erträge jeweils über dem Budget, im Jahr 2014 sind die Erträge nun leicht unter das Budget zurückgefallen. Sorgen machen uns die Vorjahre, die sich seit 2011 kontinuierlich negativ entwickelt haben. Auch hier gilt allerdings zu bedenken, dass eine einzige grosse Steuerzahlerin 2014 Rückzahlungen im Betrag von 600'000 Franken geltend gemacht hat, was bereits einen Grossteil des Minderertrags erklärt. Mit dem Entscheid der Nationalbank von Anfang Jahr steht das deshalb in keinem Zusammenhang. Das ist erst nachher gekommen. Ich kann aus zahlreichen Gesprächen sagen, die exportorientierten Unternehmen in Frauenfeld müssen im Moment wirklich kämpfen. Das ist wie überall in der Schweiz. Anderen geht es aber nach diversen Auskünften nach wie vor ausgezeichnet. Ich kann keinen generellen Trend feststellen, aber bei den exportorientierten Unternehmen sieht es nicht sehr günstig aus.

Auch noch eine Antwort auf die Frage von Gemeinderat Peter Hausammann, ob der Finanzausgleich, der kantonale Lastenausgleich noch stimme. Es wurde im Kantonsrat ein Vorstoss eingereicht aus Arbon, weil dort die Sozialausgaben förmlich explodiert sind. Wenn ich mich recht erinnere, ist der Vorstoss im Grossen Rat noch nicht behandelt worden. Wir haben es vorletzte Woche in der Gruppe G6, das sind die Stadtammänner der sechs grossen Gemeinden, diskutiert.

Wir sehen im Moment politisch wenig Chancen, das Gesetz über den Finanzausgleich anzupassen. Ich kann Ihnen aber zusichern, dass wir insbesondere den Soziallastenausgleich in Frauenfeld sehr sorgfältig überwachen werden. Es dürfte aber politisch eher kritisch sein, kurzfristig eine Gesetzesänderung erreichen zu können.

Ich darf Ihnen im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen noch einmal ganz herzlich danken für die positive Aufnahme der Rechnung 2014 und wir bitten Sie, unseren Anträgen gemäss Botschaft mit den Anträgen gemäss GPK, die wir unterstützen, zuzustimmen. Ich danke Ihnen herzlich dafür.

Abstimmung

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Somit kommen wir zur Abstimmung über die Anträge auf Seite 37 und 38. Ich möchte beliebt machen, über den Antrag 1 einzeln abzustimmen, Antrag 2.1 einzeln, 2.2, 2.2.1, 2.2.2 zusammen, 2.3 einzeln, dann 2.4, 2.4.1, 2.4.3 zusammen, 2.4.2 einzeln, 2.5 einzeln, 2.6, 2.6.1, 2.6.2, 2.6.3 zusammen, 2.6.4 einzeln und 3.1 einzeln. Zu diesem Vorschlag erhebt der Rat keine Einwände.

Antrag 1: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag 2.1: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Anträge 2.2, 2.2.1 und 2.2.2: Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Antrag 2.3: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Anträge 2.4, 2.4.1, 2.4.3: Die Anträge werden einstimmig mit einer Enthaltung angenommen.

Antrag 2.4.2: Antrag Stadtrat: Beim Gaswerk wird der Ertragsüberschuss entsprechend abgeschrieben.

Antrag Leuthold:

In Ziffer 2.4.2 sei die Einlage von 1 Mio. Franken in die Spezialfinanzierung Energieeffizienzanlagen, CO₂-Reduktion zu streichen und die Zuweisung an das Eigenkapital entsprechend zu erhöhen.

Gemeinderat Pascal Frey, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaften/JUSO: Unsere Fraktion kann sich grundsätzlich damit einverstanden erklären, diese Million in dieser Spezialfinanzierung zu streichen. Wir möchten aber hier die Absicherung, dass dieses Geld nur parkiert wird und bei einer allfälligen Schaffung einer Spezialfinanzierung wieder dieser zugewiesen wird. Rechtlich steht es uns hier nicht zu, dies als Antrag zu formulieren, aber ich hätte trotzdem gern diese Absicherung durch den Stadtrat gehabt.

Stadtrat Ruedi Huber: Man sollte nie zu viel versprechen. Aber da ist uns offenbar ein Fehler unterlaufen, dafür möchte ich mich entschuldigen. Ich kann mit der Zuweisung zum Eigenkapital mit dem vorläufigen Verzicht auf die neue Spezialfinanzierung gut leben. Wir schauen wirk-

lich in Richtung Energieeffizienz. Diese zu erhöhen ist ein Geschäftsfeld, das für uns interessant werden kann. Daher ist die Chance gross, dass einmal Geld in diese Richtung fliesst. Das ist aber kein Versprechen.

Abstimmung

Antrag Stadtrat:	0 Stimmen
Antrag Leuthold:	35 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme

Antrag Leuthold wird angenommen.

Antrag 2.5: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Anträge 2.6, 2.6.1, 2.6.2 und 2.6.3: Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Antrag 2.6.4 (lachsfarbene Version): Der Antrag wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Antrag 3.1: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Gemeinderätin Ursula DUEWELL und Gemeinderat Ernst RÜSI haben die Motion „Erhöhung der Gebührentarife für das Hallen-, Frei- und Sprudelbad und Einführung von reduzierten Preisen für Bewohner von Frauenfeld und beteiligten Gemeinden“ eingereicht. Diese Motion wird dem Stadtrat zur Beantwortung übergeben.

Bevor wir zum Abschluss der Gemeinderatssitzung kommen, erlaube ich mir, eine kurze Verabschiedung von Stadttammann Carlo PAROLARI zu machen. Die grosse Verabschiedung wird nachher beim Apéro gemacht.

Sehr geehrter Herr Stadttammann, lieber Carlo, am 1. April 2005 hast du das Amt als Stadttammann angetreten. Es gab sicher viele Höhe- und Tiefpunkte in deiner Tätigkeit, aber es haben sicher die Höhepunkte überwogen. Erfahrungen hast du aus der Zeit als Gemeinderat von 1996 bis 2003, als Gemeinderatspräsident 2002/2003 und als nebenamtlicher Stadtrat von 2003 bis 2005 sammeln können. Einige Höhepunkte aus meiner Sicht: 2005 Eidgenössisches Schützenfest in Frauenfeld, 2007 Eidgenössisches Turnfest in Frauenfeld, 2010 Eidgenössisches Schwing- und Älplerfest in Frauenfeld, 2014 Eidgenössisches Tamburen- und Pfeiferfest und Stadtfest in Frauenfeld, 2014 Eidgenössisches Schützenfest für Veteranen in Frauenfeld. Und noch einige Wahl- und Abstimmungstermine zur Erinnerung: 11. März 2007 Abstimmung über die F21 Entlastung Stadtzentrum, 13. November 2011 Abstimmung über die Gewährung eines Kredits von 3,6 Mio. Franken für die Erstellung des Murg-Auen-Parks, 24. November 2013 Abstimmung über die Initiative 200'000 Franken sind genug und Reglemente über die Besoldung des Stadtrats auf direkten Gegenvorschlag, 9. Februar 2014 Abstimmung über das neue Stadtbuskonzept 2014, definitive Einführung Stadtbuslinie 5 sowie Optimierung Abend- und Sonntagsangebot, 26. April 2015 Abstimmung über das Budget 2015 der Stadt Frauenfeld. Du hast auch viele folgende Gemeinderatspräsidenten und Gemeinderatspräsidentinnen in deiner Amtszeit erlebt. 2005/2006 Marietta Kraft, 2006/2007 Elisabeth Thürer, 2007/2008 Sibylle Kaufmann,

2008/2009 Wolfgang Ackerknecht, 2009/2010 Werner Vetterli, 2010/2011 Lisa Landert, 2011/2012 Michael Lerch, 2012/2013 Herbert Vetter, 2013/2014 Christoph Regli und 2014/2015 auch noch mich.

Aber nun möchte ich dir danken für deine Tätigkeit als Stadtammann von Frauenfeld, für dein grosses Engagement zugunsten unserer wunderschönen Stadt Frauenfeld, für die gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, für deine Präsenz an vielen Anlässen als Vertreter der Exekutive unserer Stadt. Ich wünsche dir für deinen weiteren Lebensweg – sei es beruflich, politisch oder auch privat – alles erdenklich Gute und besonders gute Gesundheit. Ganz herzlichen Dank, Carlo!

Da die heutige Gemeinderatssitzung nicht nur für Carlo Parolari die letzte ist, sondern auch für mich die letzte, die ich führen darf, möchte ich einen kurzen Dank und einen kurzen Rückblick machen. Aber wirklich nur kurz. Sehr geehrter Herr Stadtammann, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Gemeinderatskolleginnen und –kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, bitte erlauben Sie mir einen Dank und einen kurzen Rückblick auf mein vergangenes Präsidialjahr. Wie ich schon zu Beginn der Sitzung gesagt habe: Weine nicht, weil es vorbei ist, sondern lache, weil es so schön war – genau so empfinde ich jetzt. Das Präsidialjahr war für mich ein interessantes und lehrreiches Jahr, das mir sehr viel Freude bereitet hat. Als Erstes möchte ich danken, Ihnen liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen für die disziplinierte, sachbezogene Diskussion im Rat, die mir die Leitung der Gemeinderatssitzungen sehr erleichtert hat. Besonders herzlichen Dank für die jeweiligen Hinweise an mich aus dem Rat bezüglich Führung der Gemeinderatssitzungen, wenn Unsicherheiten vorhanden waren, ganz herzlichen Dank. Liebe Vizepräsidentin Eveline, liebe Kollegen im Gemeinderatsbüro, euch möchte ich ganz herzlich für die hilfreiche Unterstützung und die gute Beratung danken. Mir hat die Zusammenarbeit sehr gut gefallen. Ihnen, liebe Stadtratsmitglieder für die unkomplizierte und gute Zusammenarbeit. Einen speziellen Dank möchte ich der Ratssekretärin Heidi Arnold aussprechen für die sehr, sehr gute und konziliante Zusammenarbeit, die mir das ganze Jahr Freude bereitet hat. Auch wenn wir beide nicht gerade viel Erfahrung im neuen Amt gehabt haben, hast du diese Arbeit sehr gut gemacht. Dafür ganz herzlichen Dank. Ich komme gleich zu dir. Ein weiterer Dank geht an Beat Dürger und sein Team für die Vorbereitung des Rathaussaals und ein ganz spezieller Dank an die Stadtgärtnerei für den jeweils wunderschönen Blumenschmuck. Aber auch ausserhalb des Rathauses möchte ich danken. Meiner Gattin Irene für die immerwährende und vollumfängliche Unterstützung. Danke liebe Irene. Allen Organisationen und den Einwohnerinnen und Einwohnern dieser wunderschönen Stadt Frauenfeld für den herzlichen Empfang bei Anlässen und für das Grüssen und die spontanen Gespräche auf der Strasse und in unserer Stadt. Bei meinen eigenen Parteikolleginnen und Parteikollegen möchte ich mich für die Unterstützung und das Wohlwollen mir gegenüber ganz herzlich danken.

Nun zu meinem Rücktritt: Ich hoffe sehr, dass es mir gelungen ist, die erwartete hohe Präsenz an Anlässen in unserer Stadt zu erfüllen. Und wo ich Worte an die Versammelten richten durfte, auch die richtigen Worte gefunden habe. Die Frage, welcher Anlass für mich der schönste war, ist nicht so einfach zu beantworten. Ob es ein Grossanlass war oder ein kleiner Anlass, jeder Anlass hatte seinen Reiz und jeweils die entsprechende Stimmung. Das Wiedersehen von Bekannten und das Neukennenlernen von Mitmenschen hat mir sehr viel gegeben, deshalb verzichte ich auf eine Rangierung und Auflistung der besuchten Anlässe. Jeder Anlass war in seiner Einmaligkeit einfach schön.

Wie bei meinem Antritt schon gesagt, war die grösste Herausforderung für mich das Kreieren und Halten von Ansprachen. Für mich war und wird es immer ein wunderschönes und heraus-

forderndes Jahr bleiben, das immer in meiner Erinnerung verankert bleiben wird. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich. Es hat richtig Spass gemacht, mit Freude übergebe ich das wunderschöne Amt am nächsten Donnerstag an meine Nachfolgerin und wünsche ihr viel Erfolg und die gleiche Bereicherung, wie ich sie erleben durfte. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und bleiben oder werden Sie gesund.

Gemeinderats-Vizepräsidentin Eveline Buff Kinzel: Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, lieber Kurt, im Namen des gesamten Gemeinderats und als Vizepräsidentin ist es mir eine Ehre und eine Freude, dir für deinen grossen Einsatz als Gemeinderatspräsident ganz herzlich zu danken. Mit dem 4-M-Zitat von Altbundesrat Adolf Ogi „Man muss Menschen mögen“ bist du in dein Amt eingestiegen, hast es gelebt, vorgelebt und anderen weitervermittelt. Ergänzt von deinen weiteren Ms: militärisch vorbereitet, diszipliniert, trotzdem ein Miteinander, menschlicher Umgang, um nur einige anzuführen. Als erfahrener Militarist hast du den Ratsbetrieb sicher und klug durch jegliche Gefahren gelenkt, auch gekonnt durch die jeweiligen möglichen Minenfelder – ja, einem geschichtsinteressierten Zeitgenossen sind Taktik und Strategie natürlich wohlbekannt. Nie kam es aber militärisch herüber, nein, es herrschte ein ausgesprochen angenehmes, offenes und kollegiales Klima im Rat. So sollte es sein. Führen, ohne dass die Geführten so empfinden, das ist die Kunst. Lieber Kurt, mit deiner hohen Einsatzbereitschaft im Rat und an unzähligen Veranstaltungen dieser Stadt hast du aufgezeigt, dass die Menschen dir wichtig sind, dass du sie gern hast. Und man kann gleichzeitig sagen, dass auch die Leute dich gern bei sich gehabt haben und dein Engagement ausserordentlich geschätzt haben. Auch für mich geht ein interessantes und lehrreiches Jahr als Vizepräsidentin zu Ende. Du hast mich nicht nur über die Schulter schauen lassen, sondern mich in viele verschiedene Fragestellungen politischer Natur hineinschauen lassen und mich in die Arbeit eines Präsidenten miteinbezogen. Deine Informationen und Vorbereitungen waren vorbildlich und ich werde versuchen, diesen Geist des Zusammenwirkens weiterleben zu lassen. Ganz herzlichen Dank. Jetzt heisst es Abtreten, aber natürlich nicht ganz. Deine Fraktion freut sich bestimmt, dass du sie wieder mit deinen Voten unterstützen und aktiv mitpolitisieren kannst. Auch für deine Frau Irene neigt sich ein interessantes und strenges Jahr zu Ende. Gemeinsam werdet ihr die neue gewonnene Freizeit wieder vermehrt für andre Aktivitäten geniessen können. Ich möchte und kann somit zusammenfassen: Man muss Kurt einfach mögen. Lieber Kurt, liebe Irene, danke für euren grossen Einsatz ihr habt die Stadt Frauenfeld würdig vertreten. Alles Gute für die Zukunft.

- - -

Schluss der Sitzung: 19.33 Uhr.

* * *